

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis Mt. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Delnhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steindrenner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Wirtschaftliche Kämpfe im Jahre 1906.

Über die Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen im Jahre 1906 veröffentlicht die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Nr. 48 des „Korrespondenzblattes“ eine umfassende Übersicht. Aus dieser Übersicht ist nur Erfreuliches für die Gewerkschaften zu entnehmen. Denn das Jahr 1906 stand noch im Zeichen der wirtschaftlichen Hochkonjunktur, es brachte uns die höchste absolute Zunahme der Mitgliederzahl der Gewerkschaften, die höchste Zahl der wirtschaftlichen Kämpfe, die wir noch in einem Jahre zu verzeichnen hatten, und größere wirtschaftliche Erfolge als frühere Jahre.

Ein paar Zahlen werden das, soweit die wirtschaftlichen Kämpfe in Betracht kommen, veranschaulichen: Im Jahre 1905, das die bis dahin umfangreichste Lohn- und Streikbewegung brachte, wurden in 5689 Fällen Forderungen gestellt, und zwar in 7809 Orten und 44 040 Betrieben mit zusammen 1 150 658 Beschäftigten; im Jahre 1906 dagegen wurden in 8548 Fällen Forderungen gestellt, und zwar in 14 044 Orten und 62 780 Betrieben mit zusammen 1 260 571 beschäftigten Personen.* Für Streiks und Ausperrungen wurde 1905 10 999 188 Mt., im Jahre 1906 18 451 718 Mark verausgabt.

Die größere Zahl der Lohnbewegungen wurde ohne Arbeitseinstellung erfolgreich durchgeführt. Bewegungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen fanden 4470 statt, die sich auf 7225 Orte und 87 998 Betriebe mit 768 462 Arbeitern und Arbeiterinnen erstreckten. In 2152 der von solchen Bewegungen betroffenen Orte bestand eine Unternehmerorganisation. In 1787 Orten gehörten die von der Bewegung betroffenen Unternehmer einer solchen Organisation an. An den Lohnbewegungen beteiligt waren insgesamt 588 724 Personen, und die Gesamtausgaben dieser Bewegungen betrugen 50 878 848 Mt. Von den Bewegungen endeten mit vollem Erfolg 8468 mit 459 306 Beteiligten, mit teilweisem Erfolg 911 mit 112 846 Beteiligten, ohne Erfolg 80 mit 14 481 Beteiligten. Unbekannt blieb der Ausgang von 11 Bewegungen mit 298 Beteiligten. Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen fanden 177 in 129 Orten statt. Sie erstreckten sich auf 880 Betriebe mit 21 610 Beschäftigten. In 91 Orten gehörten die von der Bewegung betroffenen Unternehmer einer Organisation an. An diesen Bewegungen nahmen teil 7982 Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Gesamtkosten betrugen 1888 Mt. Es endeten erfolgreich 158 Bewegungen mit 7587 Beteiligten, teilweise erfolgreich 10 Bewegungen mit 199 Beteiligten und erfolglos 9 Bewegungen mit 196 Beteiligten.

Die Erfolge, die auf dem Wege friedlicher Verständigung mit den Unternehmern erreicht wurden, sind keineswegs gering. Man höre: Es erreichten durch Lohnbewegung ohne Streik 255 584 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 928 804 Stunden pro Woche, 491 878 Personen eine Lohnerhöhung von 852 889 Mt. pro Woche, und in 1825 Fällen und für 280 247 Personen wurden auf diesem Wege Tarifverträge abgeschlossen.

Die gesamten Lohnbewegungen wurden von 47 gewerkschaftlichen Organisationen geführt, und zwar hatten Angriff- und Abwehrbewegungen die Organisationen der Bauhilfsarbeiter, Bildhauer, Buchbinder, Fabrikarbeiter, Glasarbeiter, Graveure, Handels- und Transportarbeiter, Holzarbeiter, Hutmacher, Lederarbeiter, Maler, Metallarbeiter, Sattler, Schuhmacher, Textilarbeiter, Töpfer und Vergolder.

Angriffstreiks wurden von 47 Organisationen 2285 geführt. Daran beteiligt waren 169 538 männliche und 14 228 weibliche Personen. Die Ausgaben betrugen 6 689 828 Mark. — Es endeten 1181 Streiks mit 82 315 Beteiligten erfolgreich, 588 Streiks mit 48 285 Beteiligten teilweise erfolgreich, 890 Streiks mit 22 018 Beteiligten erfolglos und 104 Streiks mit 6120 Beteiligten unbekannt.

Abwehrstreiks wurden 1048 von 42 Organisationen geführt. Beteiligt waren daran 85 515 männliche und 8415 weibliche Personen. Die Kosten beliefen sich auf 1 298 455 Mark. — Von diesen Streiks endeten 589 mit 18 616 Beteiligten erfolgreich, 128 mit 4960 Beteiligten teilweise erfolgreich, 286 mit 9086 Beteiligten erfolglos und 45 mit 4227 Beteiligten unbekannt.

* Anwerbungs waren an den Bewegungen selbst im Jahre 1905 893 337, im Jahre 1906 627 089 Personen beteiligt.

Von den im Jahre 1906 an die Generalkommission angeschlossen gewesenen Organisationen waren an Streiks nicht beteiligt die Verbände der Asphaltierer, Barbier, Blumenarbeiter, Bureauangestellten, Handlungsgehilfen, Lagerhalter, Notensieher, Photographengehilfen, Schirmmacher und Zivilmusiker.

Zahlreich waren im Jahre 1906 auch die Ausperrungen, wenn diese Kämpfe auch nicht so umfangreich waren wie im Jahre 1905. Ausperrungen fanden 560 statt, an denen 40 Organisationen beteiligt waren. Ausgesperrt wurden 84 489 männliche und 8867 weibliche Personen. Die Ausperrungen erforderten von den Gewerkschaften eine Gesamtausgabe von 5 815 079 Mt. Von den Ausperrungen endeten für die Arbeiter erfolgreich 168 mit 16 242 Beteiligten, teilweise erfolgreich 186 mit 47 958 Beteiligten, erfolglos 146 mit 18 496 Beteiligten und unbekannt 58 mit 3272 Beteiligten.

Auch Ausperrungen können den Arbeitern noch zum Vorteil gereichen. Es wurden infolge von Ausperrungen erzielt an Arbeitszeitverkürzung für 1862 Personen zusammen 4416 Stunden pro Woche, an Lohnerhöhung für 6340 Personen zusammen 10 686 Mt. pro Woche. Korporative Arbeitsverträge wurden abgeschlossen in 64 Fällen für 12 755 Personen. Das sind Niederlagen, die sich die Unternehmer durch rigoroses Vorgehen selbst zugefügt haben.

Wenn die deutschen Gewerkschaften trotz dieses erheblichen Engagements durch Ausperrungen und Abwehrstreiks noch eine so umfangreiche Angriffsbewegung durchführen konnten, so haben sie allein schon einen guten Beweis für ihre Leistungsfähigkeit und Kampfesfähigkeit gegeben. Aber die Gewerkschaften haben in diesen zahlreichen und umfangreichen Kämpfen auch Erfolge erzielt, und zwar weit größere Erfolge als im Jahre 1905. Denn es erreichten im Jahre 1906 durch Lohnbewegungen, Streiks und andere Kämpfe

889 469 (im Jahre 1905 1 863 883) Arbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit von je 3/4 (3/4) Stunden pro Woche;

691 708 (426 687) Arbeiter eine Lohnaufbesserung von 1,87 (2) Mt. pro Woche;

in 2246 (987) Fällen wurde ein Lohnaufschlag für Überstunden, in 2109 (892) Fällen ein Lohnaufschlag für Nacht- und Sonntagsarbeit, in 68 (119) Fällen Beseitigung der Akkordarbeit, in 98 (43) Fällen Verbesserung der Arbeitsordnung erzielt, in 149 (127) Fällen ist eine Maßregelung abgewehrt und in 2260 (1507) Fällen für 317 437 (257 791) beteiligte Arbeiter ein korporativer Arbeitsvertrag abgeschlossen worden.

Wenn diese Erfolge zum Teil auch mit sehr großen Opfern erzielt werden mußten, so dürfen wir doch mit dem Gesamtresultat wohl zufrieden sein.

Welche andere Art gewerkschaftlicher Organisationen hat auch nur ähnliche Erfolge aufzuweisen? fragt mit Recht Genosse L. Brunner in seinem Kommentar zur Streikstatistik. Keine Statistik gibt Auskunft über Errungenschaften der christlichen Gewerkschaften oder der Girsch-Duncker'schen oder der Lokalfisten. Und wären solche Nachweise vorhanden, sie würden gar zu ärmlich aussehen, um mit den unsrigen in Vergleich gestellt zu werden.

Was aber ist es, das den Zentralverbänden diese Erfolge verschafft und sichert? Das ist neben der großen Opferwilligkeit und Disziplin der in den Zentralverbänden Organisierten der Geist des Klassenkampfes, der diese Organisationen durchweht. Der Geist, der nach dem Urteil der Lokalfisten unseren Organisationen ermangelt, der andererseits uns jedoch von den Christlichen und Girsch-Duncker'schen zum Vorwurf gemacht wird. Die große Opferwilligkeit, die zur Erreichung solcher materiellen Vorteile erforderlich sind, sind nur da vorhanden, wo die große Masse der Mitglieder von idealer Klassenbewußter Begeisterung erfüllt ist. Das Klassenbewußtsein ist es, das die Mitglieder der Zentralverbände nicht um Almosen betteln läßt, sondern ihnen den Nacken steift und sie fähig macht, um ihre Rechte zu kämpfen und das Erreichte zu verteidigen. Nicht um kleiner Augenblickeserfolge willen, die uns leicht wieder entzogen werden können, sondern um Erfolge von dauerndem Werte zu erlangen, sehen wir unsere ganze Kraft ein. Deshalb muß auch der Kampf um dauernde Erfolge, als welche wir in erster Linie die Schritt um Schritt fortschreitende Verkürzung der Arbeitszeit betrachten, ein einheitlicher und zielbewußter sein. Einen solchen Kampf führen die zentralisierten Gewerkschaften, ihre Taktik hat sich bewährt, auf dem eingeschlagenen Wege werden sie weiter marschieren und weiter kämpfen.

Nach dem „Deutschen Arbeiterkongress“.

n. So hat er denn getagt, der zweite „Deutsche Arbeiterkongress“, und glanzvoll ist er verlaufen. Mit der „Milton“ christlich-nationaler Arbeiter zwar, die hinter dem Kongress stehen sollen, hat es mehr als ein Bedenken und mit der Berechtigung mancher der auf dem Kongress vertretenen Organisationen, sich zur Arbeiterbewegung zu rechnen, ist es recht zweifelhaft bestellt, und wenn man endlich der Frage auf den Grund geht, worin und wie weit sich die mancherlei in Berlin repräsentierten Organisationen einig sind, so kommt man zu merkwürdigen Erscheinungen. Indes so was läßt sich verbergen und vertuschen, und die Eingigkeit läßt sich wahren, wenn die Veranstalter Sorge tragen, alles Trennende von vornherein aus der Verhandlung auszuschneiden und nur solche Dinge zuzulassen, die grundsätzlich entschieden und auch praktisch keinem Streit mehr ausgesetzt sind. Nach dieser Anweisung ist man in Berlin auf dem „Deutschen Arbeiterkongress“ verfahren, und da die Veranstalter für möglichst glanzvollen Auspruch gesorgt hatten, so haben sie Ursache, mit dem Verlauf zufrieden zu sein. Man denke: der Leiter eines der wichtigsten Reichsämter, der Staatssekretär des Innern, der Reichsminister für Sozialpolitik, der Nachfolger Bosadomskys, Erzengel v. Bethmann-Hollweg erschien auf dem „Deutschen Arbeiterkongress“; und er erschien nicht nur und hielt eine der üblichen Begrüßungsansprachen — nein, er hielt eine Rede, er entwickelte sein sozialpolitisches Programm, er legte die Stellung der Regierung zur Arbeiterbewegung dar. So etwas ist noch nicht dagewesen in deutschen Landen, und Leute, die zum Optimismus neigen, könnten daraus schließen, daß am 21. Oktober 1907 eine Wendung von grundlegender Bedeutung im politischen und sozialen Leben Deutschlands eingetreten sei. Indes, wer nüchternere denkt und genügend Erfahrung hat, der wird dem Ereignis, das man in dem Auftreten eines leidenschaftlichen Reichsministers in einer Arbeitertagung erblicken will, um so weniger Bedeutung beilegen, als sich aus der Rede, die der Minister bei dieser Gelegenheit vom Stapel ließ, alles und nichts entnehmen läßt, als Hinz und Junz darin findet, was ihm gefällt, wenn auch die Wünsche beider auf das Gegenteil hinausgehen. Verpflichten schon im allgemeinen bei uns die Reden von Regierungsvertretern, die zum Volke geschickt werden, um Wohlwollen zu markieren, zu nichts, so verpflichtet der Minister v. Bethmann-Hollweg Rede rein zu gar nichts. Es war der alte Wert: die Regierung will den Arbeitern wohl; sie erkennt ihnen das Recht zu, nach Besserung ihrer Lage und nach Gleichberechtigung zu streben, und sie wird diesem Streben entgegenkommen — aber selbstverständlich nur so weit, als es sich mit dem Wohle der Gesamtheit und dem nationalen Interesse verträgt. Und da über das, was unter dem „Wohle der Gesamtheit“ und dem „nationalen Interesse“ zu verstehen ist, die herrschende Klasse zu bestimmen hat, so heißt das soviel als: die Regierung, die sich als den Ausschluß der herrschenden Klasse betrachtet, bewilligt euch Arbeitern so viel, wie es das Interesse der herrschenden Klasse zuläßt, wobei immer noch vorausgesetzt wird, daß ihr Arbeiter euch gut aufführt, hübsch national wählt und für jeden Menschen, den man euch an sozialer Fürsorge gewährt, einen Taler für des Reiches Herrlichkeit, für Kanonen und Panzerplatten gebt. Das war von jeher die Stellung der Regierung zu der Arbeiterbewegung, und so wird sie, nach der Rede des Ministers v. Bethmann-Hollweg zu urteilen, auch in Zukunft sein. So jämmerlich die Rolle auch ist, die in diesem Verhältnis den Arbeitern — soweit sie dafür zu haben sind — zugebacht wird, die christlich-nationale Versammlung in Berlin zeigte sich beglückt; sie überhörte den eigentlichen Sinn der ministeriellen Ausführungen, hielt sich an die paar wohlklingenden Wendungen von den Rechten der Arbeiter und spendete stürmischen Beifall und anhaltendes Händeklatschen. Dafür war das Schauspiel ja auch arrangiert, und dankbar sind die christlichen Arbeiter gegen behördliches Wohlwollen ja von jeher gewesen — wie viel mehr, wenn dieses Wohlwollen ausgeht von einem der höchsten Reichsbeamten, der sich zeigt im Strahlenkranz gewichtiger Erzengel und Geheimräte.

Und Wohlwollen ward dem Deutschen Arbeiterkongress auch von den Fraktionen der bürgerlichen Parteien. Es hatten Vertreter geschickt die Konservativen, die Nationalliberalen, die Ultramontanen und die Antisemiten; nicht im Fraktionsauftrag, sondern nur als persönlicher Gast war auch der freikonservative Abgeordnete Binz erschienen. Welche Wendung durch Mummis Fügung! möchte man ausrufen. Sie haben alle auf einmal ihr arbeiterfeindliches Herz entdeckt und

schicken Vertreter zur Begrüßung auf einen Arbeiterkongress! Die konservativen Junker, die den Menschen erst beim Baron anfangen lassen; die den Arbeiter höchstens als Objekt, nimmermehr aber als Subjekt der Gesetzgebung zulassen wollen; die den Staatsstreich zur Abschaffung des Reichstagswahlrechtes wagen würden, wenn es Erfolg verheißt; die am liebsten ihr Gefährde wieder zur Hörigkeit verpflichteten und ihre Menschenfreundlichkeit dadurch bekräftigen, daß sie ihren Schweinen bessere Behausung gönnen als ihren Arbeitern. Und die national-liberalen Scharfmacher, die nach Zuchthausgesetzen schreiben, die das Koalitionsrecht der Arbeiter mit Füßen treten, die im Bewußtsein ihres Herrtums nichts von Unterhandlung mit den Organisationen wissen wollen, die jeden Anspruch der Arbeiter auf Mitbestimmung im Wirtschaftsprozess für einen verbrecherischen Angriff auf die Staats- und Gesellschaftsordnung halten. Und die biedereren Antifemiten, die nichts Gutes, aber von all dem Schlechten und Schlimmen, das die übrigen reaktionären Parteien aufweisen, ihr gemeinen Teil haben — sie alle sind voll des Lobes über die christlich-nationale Bewegung und verkünden ihr Wohlwollen für ihre Bestrebungen. Schon zum Beginn so manches Reichstages, schon bei so mancher Wahl, schon bei so mancher Parteifundgebung und in so manchem Regierungsprogramm ist verkündet worden, daß nunmehr die ernfliche und entschiedene Fortführung der Sozialreform beginnen werde, aber niemals ist das Wohlwollen und sind die Verheißungen in solcher Fülle auf die deutschen Gaue niedergegangen. Welch eine Ernte, wenn auch nur der zehnte Teil des allgemeinen Wohlwollens zur Frucht reift!

Auch von allerhöchster Stelle ist die Befürdung des Wohlwollens nicht ausgeblieben. Wie das in Versammlungen „national“ gesinnter Männer üblich ist, hat der Kongress dem Kaiser telegraphisch seineuldigung dargebracht. Die Antwort des Kaisers lautet gemessen; dem christlich-nationalen Gemüt muß sie indessen besonders huldreich erschienen sein, denn sie wurde mit jubelndem Beifall aufgenommen. Man scheint sich also von des Kaisers Wohlwollen sehr viel zu versprechen. Auch der erste Deutsche Arbeiterkongress, der vor vier Jahren in Frankfurt tagte, erfreute sich einer huldreichen Antwort des Kaisers, was den „Bergknappen“ zu dem jubelnden Bekenntnis veranlaßte, „daß die Staatsregierung und vor allem Se. Majestät der Kaiser wohl den denkbar besten Eindruck von diesem ersten, in größerem Umfang stattgefundenen Kongress christlicher Arbeiter Deutschlands gewonnen haben. Zu dieser Annahme berechtigt uns das sehr huldvoll gehaltene persönliche Antworttelegramm des Kaisers an den Kongress. ... Ein solches Kaisertelegramm dürfte noch keinem Kongress zuteil geworden sein. Es berechtigt also zu den besten Hoffnungen bezüglich der leider in den letzten Jahren ins Stocken geratenen Fortführung der Sozialreform in Deutschland.“

An Hoffnungen haben es ja nun die christlichen Arbeiter nie fehlen lassen. Ihr ganzes Wirken gründet sich ja auf Hoffnungen, zunächst daß sie einig so stark und geschlossen dastehen, um die klassenbewußte Arbeiterbewegung unter ihre Botmäßigkeit zu zwingen; dann daß sie durch Sammlung der staatsbehaltenden Arbeiterschaft und der Ausweisung guter Gesinnung die Regierung und Parteien zu sozialpolitischen Zugeständnissen veranlassen. Jede Ministerrede, jedes Kaisertelegramm, jede Äußerung eines Fraktionsmannes belebt ihre Hoffnung, die sich nie erfüllen will, von neuem, und insbesondere der Berliner Kongress mit seiner Fülle an Günst und Geld von hohen, höchsten und allerhöchsten Stellen läßt die Hoffnung der Christlichen wieder mal ins Ungemessene. Auch diesmal haben sie die Beschlüsse des Deutschen Arbeiterkongresses durch eine Abordnung dem Reichskanzler übermittelt. Fürst Bülow hat die Herren Behrens, Giesberts und Genoffen mündlich noch huldreicher empfangen als damals am 14. Dezember 1901, wo sie ihm die Beschlüsse des Frankfurter Kongresses mitteilten; er hat ihnen noch wärmer als sonst sein Wohlwollen für die christlich-nationale Arbeiterschaft und seine Bereitwilligkeit, ihre Wünsche zu fördern, ausgedrückt. Auch damals, im Herbst des Jahres 1903, waren die christlichen Arbeiter stolzer Hoffnungen voll, und heute, vier Jahre nachher, müssen sie gestehen, daß sich das reichlich bekundete Wohlwollen nicht im mindesten in Taten umgesetzt, daß Bülow nichts von dem erfüllt hat, was damals von ihm verheißt worden ist.

Ist Aussicht vorhanden, daß der zweite Deutsche Arbeiterkongress größeren Erfolg haben wird als der erste? Wir glauben es nicht. Ministerreden, Kaisertelegramme und Fraktionsfundgebungen sind für uns keine Taten, und die christlich-nationale Arbeiterbewegung keine Macht, die die Herrschenden und Regierenden zu Taten zwingen könnte. Die Gewähr, daß es besser wird, liegt in der klassenbewußten Arbeiterbewegung. Das Hunderttausend Kämpfer, um das ihre Reihen zunehmen, wiegt schwerer als die christlich-nationale „Million“, die guter Gesinnung voll auf das Wohlwollen von oben harzt.

Die Tarifverträge.

IX.

Unternehmer und Tarifverträge.

Wenn wir im vorangegangenen Artikel die volkswirtschaftliche Bedeutung der Tarifverträge dargelegt haben, so wurde damit gezeigt, daß die Unternehmer allen Anlaß haben, den kollektiven Arbeitsverträgen Geschmach abzugewinnen. Mit den angeführten Vorteilen sind aber noch lange nicht die Vorteile für die Unternehmer erschöpft. Die Zahl der Tarifgegner im Lager der Fabrikanten und Meister nimmt immer mehr ab. Es wäre natürlich lächerlich, wie

dies bürgerliche Sozialpolitiker so gerne tun, es zurückzuführen auf eine tiefere sozialpolitische Einsicht, auf größeres Entgegenkommen gegenüber den Arbeitern, auf das Durchringen des Prinzips des „sozialen Friedens“. Von all dem ist gar keine Rede, eine Auffassung dieser Art würde auch allen sonstigen Erfahrungen widersprechen, die wir im politischen wie im wirtschaftlichen Leben zu machen haben. Gerade wenn wir nicht mit einer vorgefaßten Meinung den Erscheinungen gegenüberstehen, wenn wir lediglich die Tatsachen uns zu einem Urteil führen lassen, werden wir den wahren Tatbestand erkennen, werden wir die Ursachenreihen finden. Im gegebenen Falle werden wir feststellen, daß die Unternehmer ihre Taktik den Forderungen nach Tarifabschlüssen ändern, weil sie die wirtschaftlichen Vorteile, die ihnen der kollektive Arbeitsvertrag bringt, erkennen, weil sie abzuwägen gezwungen sind, ob die Unsicherheit des Betriebes oder die garantierte Ruhe einen höheren Kaufpreis wert sind.

Die Scharfmacher sagen den Arbeitern so gerne nach, daß sie streifen um des Streiks willen, andere haben sich eine Theorie zurecht gelegt, daß die böse Sozialdemokratie im Interesse der Klassenverheugung systematisch zum Streiken hebe, weil es ihr ein geradezu teuflisches Vergnügen mache, keine Ruhe im Gewerbe zu dulden und die Arbeiter immer schroffer gegen die Vertreter des Kapitals zu stellen. Daß dies eine ebenso oberflächliche Auffassung des Klassenkampfes, der Taktik der Sozialdemokratie, wie eine durchaus falsche Voraussetzung vom Einfluß der „Sozialdemokratie“ auf die Lohnkämpfe ist, weiß jeder, der sich mit dem Wesen und dem Leben der Arbeiterbewegung ernstlich befaßt hat. Wer die Streikstatistik studieren will, der muß sich um das Entstehen und die Entwicklung der Streikreglements kümmern, aus denen er erkennen wird, daß unfernen Gewerkschaften nichts ferner liegen kann, als leichtfertiger Streiks zu provozieren, und daß das Gefühl der Verantwortlichkeit für die Einstellungen der Arbeit stets groß war und mit dem Erstarken der Organisationen gewachsen ist. Endlich sei auch an den Parteitag der deutschen Sozialdemokratie von 1890 zu Halle a. S. erinnert, wo Kloss und Grillenberg über die Streiks referierten und Grillenberg unter Zustimmung aller Vertreter den Streik eine zweischneidige Waffe nannte. Ist er dies für die Arbeiter, so in noch viel höherem Maße für die Unternehmer, wenn sie auch viel später als wir zu dieser Erkenntnis gelangten.

Hefige Kämpfe haben um die Tarifverträge stattgefunden, aber sie haben auch vielfach Klärung gebracht. Wenn wir die Umstimmung der Unternehmer kennen lernen wollen, so finden wir wertvolles Material in der Schrift von Karl Schwarz: „Nützen oder schaden Tarifgemeinschaften dem Gewerbe? Betrachtungen über den Wert der Tarifgemeinschaften unter besonderer Berücksichtigung der im deutschen Schneidergewerbe gemachten Erfahrungen“ (München, Verlag von Val. Hölbling) und in dem Buche „Tarifgemeinschaften, ihre wirtschaftliche, sozialpolitische und juristische Bedeutung, mit besonderer Berücksichtigung des Arbeitgeberstandpunktes“ (Leipzig 1906, A. Deichertsche Verlagsbuchhandlung Nachfolger) von Fritz Schmelzer, der fünf Jahre im praktischen Dienste des Berliner Baugewerbes stand, als er seine Schrift verfaßte. Wir lassen somit die Gegner selbst sprechen, wenn wir uns an den Inhalt dieser Arbeiten anlehnen. Wir sehen hierbei vollkommen von der Ausführung der Urteile der Buchdruckereibesitzer ab, weil bei diesen die Tarifgemeinschaft hoch gewerteter Besitz ist. Die Arbeit von Schmelzer, zeichnet sich dadurch aus, daß sie auf der Sammlung von Urteilen der Unternehmerorganisationen basiert. Schon die erste Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe war prinzipiell dem Abschluß von Tarifverträgen geneigt, nachdem jahrelange Kämpfe um die Tarife vorangegangen waren. In Referat des Hauptvorstandes auf der zweiten Generalversammlung (1904) heißt es: „Es kann nur als ein logisches Vorgehen betrachtet werden, wenn wir anstreben, durch Festlegung von Tarifverträgen Ruhe und Ordnung in unserem Gewerbe zu schaffen und zu erhalten.“ Um etwaigen Mißverständnissen zuvorzukommen, sei vorweggenommen, daß gerade in der jüngsten Zeit sehr heftige Kämpfe zwischen Unternehmern und Arbeitern im Schneidergewerbe ausgetragen wurden. Hieraus ergibt man, daß die theoretische Anerkennung des Tarifprinzips den Lohnkampf nicht ausschließt. Weder für die Unternehmer, noch für die Arbeiter ist der Tarif an sich das Erstrebenswerte, ausschlaggebend bleibt der Inhalt des Kollektivvertrages. Auch die Arbeiter dürfen niemals auf dem Standpunkt stehen, daß schon der Abschluß eines Tarifes ein Gewinn ist, ganz im Gegenteil müssen wir streng daran festhalten, daß kein Tarif viel besser ist, alle Aussichten der Erreichung des Gewünschten unter günstigen Zeitumständen eröffnet, als ein schlechter Tarif. Die Entscheidung über den Wert des Tarifinhaltes ist aus diesen Gründen viel verantwortungreicher als die über einen anderen Abschluß einer Lohnbewegung.

Kehren wir nach dieser nicht unnötigen Abschweifung zu der Beurteilung der Tarife in der Schrift des Herrn Karl Schwarz zurück. Er sagt:

„Weil fast immer der Anstoß von den Gehilfen gegeben wurde, mag also auch angenommen werden, daß es ihnen vor allem dabei um eine Regelung ihrer Arbeits- und Lohnverhältnisse zu tun war. Diese Absicht kann nun eigentlich den Arbeitgebern insofern nicht unwillkommen sein, weil auch sie aus einer Ordnung Vorteile ziehen können. Es sei hierbei der Weilläufigkeiten gedacht, die in einem großen Betrieb beim Einstellen der Arbeit und der Festlegung des Arbeitsvertrages entstehen müssen, wenn dieser zwischen dem Arbeitgeber und jedem seiner Arbeiter eingegangen wird. Eine Unsumme von

Arbeit und schließlich eine Menge von Verdrüßlichkeiten und Unannehmlichkeiten ist damit verbunden; nicht selten entstehen Differenzen, die zu gerichtlicher Entscheidung gebracht werden. Dabei ziehen oft die Arbeitgeber den kürzeren, weil sie meistens viel weniger mit den gesetzlichen Vorschriften und Bestimmungen vertraut sind als ihre Arbeiter.

Durch eine Tarifgemeinschaft wird all diesen Spezialitäten vorgebeugt; sie enthält nach Maßgabe beiderseitigen Übereinkommens die Bestimmungen, welche für die Zukunft zwischen den beiden Parteien gelten sollen. Damit ist eine Norm geschaffen, die jede Einzelkesslung der Arbeitsbedingungen überflüssig macht und dabei eine große Vereinfachung und Übersichtlichkeit bietet.“

Im einzelnen führt er dann aus:

„Die Arbeitgeber genießen während einer Tarifgemeinschaft die Annehmlichkeit, ruhig ihre Betriebe fortführen zu können. Sie haben nicht zu gewärtigen, daß ihnen über Nacht eine endlose Reihe neuer Forderungen unterbreitet wird. Sie können auch in der eifrigsten Geschäftszeit darüber beruhigt sein, daß nicht ein plötzlich vom Jaune gebrochener Streik ihren Betrieb stört und sie um ihren Gewinn bringt. Daß dieser Zustand von den Arbeitgebern sehr geschätzt wird, kann kaum angezweifelt werden. ... Nicht nur eine ruhige Betriebsfortführung wird durch Tarifverträge ermöglicht, sondern es wird auch eine Erleichterung der Kalkulation dadurch herbeigeführt, jeder Arbeitgeber ist in die Lage versetzt, seine Preise auf längere Zeit genau berechnen zu können, ohne befürchten zu müssen, damit in ähnliche Ungelegenheiten zu kommen, wie sie schon bezüglich der Betriebsführung erwähnt wurden. Selbst auf die Regulierung der Preise wirken Tarifgemeinschaften etwas ein. ... Die Gewißheit, daß ein Konkurrent nicht billiger gearbeitet bekommt, gibt geradezu eine Grundlage für einen angenehmen Verkehr unter den Arbeitgebern.“

52 Ortsgruppen des Arbeitgeberverbandes beantworteten die Frage: „Welche Wirkungen hat die Tarifgemeinschaft in wirtschaftlicher und sozialpolitischer Hinsicht?“ Wir bedauern, diese Antworten hier nicht wiedergeben zu können, es muß uns genügen, zu erklären, daß fast alle, wenn auch in mannigfachen Abtönungen, tariffreundlich sind. Im wesentlichen beruhen die oben wörtlich angeführten Stellen aus dem Buche von Schwarz auf diesen Antworten.

Schmelzer, der vom Baugewerbe, somit von durchaus anderen Verhältnissen ausgeht, sagt im Vorwort zu seiner oben angeführten Schrift, daß die Tarifgemeinschaften zweifellos bei deutschen Arbeitgebern wie in der gesamten Öffentlichkeit immer mehr an Boden gewinnen. Im Verlauf seiner Untersuchung bemerkt er, daß der Werkstättenvertrag mit der weiteren Entwicklung der Arbeiterbewegung gänzlich von der Bildfläche verschwinden wird, um der gerechteren Tarifgemeinschaft Platz zu machen. Wörtlich sei die folgende Stelle angeführt:

„In dem früher von Streiks mit am heftigsten bedrängten Buchdrucker- und Baugewerbe ist seit Anerkennung der Gewerkschaften und Abschluß der Tarifverträge nach den übereinstimmenden Äußerungen der Arbeitgeber eine Besserung der Arbeitsverhältnisse eingetreten. ... Die Anerkennung, beziehungsweise die Jubilierung ist sehr häufig die Folge einer durchgreifenden Erkenntnis des inneren Wertes der Kollektivverträge gewesen.“

Da sich in Deutschland die großen Unternehmer am meisten gegen den Abschluß von Tarifverträgen sträuben, ist es sehr beachtenswert, daß Schmelzer gerade für diese den Wert der kollektiven Arbeitsverträge besonders hoch anspricht. Er meint, daß die durch Tarifverträge erzielte Gleichmäßigkeit der Arbeitsbedingungen reinigend und klarierend auf die Konkurrenzverhältnisse wirkt, die Preise reguliert, die schlimmste Schmutzwaren- und ähnliche Ausschüsse insbesondere beim Submissionswesen beseitigt. Eine Gefahr für die Unternehmer in der „Aufrechterhaltung der so nötigen Disziplin in den Industrie- und Gewerbebetrieben“ bestreitet Schmelzer entschieden.

Die baugewerblichen Unternehmerverbände stehen den Tarifverträgen durchaus nicht mehr feindlich gegenüber. Nach einer Zusammenstellung des deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe erklärt der Berliner Vokalverband: „Die Erfahrungen mit den Tarifverträgen sind bisher als durchaus gute zu bezeichnen.“ Der Breslauer Verband urteilt: „Das Vertragsverhältnis hat Ruhe geschaffen.“ Der Leipziger Verband erklärt: „Wir haben die denkbar besten Erfahrungen gemacht. Trotz oftmals sehr flotter Beschäftigung und sehr knapper Arbeiterzahl haben die Arbeiter keinerlei Versuch gemacht, den Vertrag zu brechen.“ Wir könnten eine ganze Seite mit ähnlichen Urteilen der Unternehmer füllen, doch diese Versicherung wird genügen. Auch in den Fabrikspektorenberichten, in den Jahrbüchern der Handelskammern, in der bürgerlichen Presse, in einem Erlaß des bayerischen Staatsministeriums finden sich Zeugnisse für den Vorteil der Tarifverträge. Schrittweise mußten unsere Gegner durch die Macht der Arbeiterorganisationen und durch die ihnen aufgezwungene Erfahrung überzeugt werden, daß die Tarifverträge den Unternehmern zum Vorteil gereichen. Freilich gerade die mächtigsten Unternehmergruppen, die die meisten Arbeiter beschäftigen, stehen noch ablehnend dem kollektiven Vertragsabschluß gegenüber. Auch hier wird wie in England und in den Vereinigten Staaten eine Wendung eintreten. Doch ist die finanzielle Kräftigung der hier in Betracht kommenden Gewerkschaften und die fast vollkommene Auffassung der den gewerkschaftlichen Organisationen noch fernstehenden Arbeiter die Voraussetzung des allgemeinen Sieges des Tarifprinzips. — In dem nächsten Artikel wird zu bewerten sein der Vorteil der Tarifverträge für die Arbeiter.

Der Stuttgarter Kongress über Einwanderung und Auswanderung.

II. (Schluß.)

r. Es ist ganz erklärlich, daß die Vertreter derjenigen Länder, die an der Auswanderung interessiert sind, eine unbeschränkte Freiheit des Zuzugs forderten. So führte der ungarische Delegierte Diemer aus: „Der Standpunkt, daß es sich um eine Massenfrage handle, ist verkehrt. Die Länder und Völker, die heute noch unorganisiert sind, sind es morgen schon nicht mehr. Heute dauert die Entwicklung in den rückständigen Ländern nicht mehr so lange, wie in denjenigen, die zuerst die kapitalistische Entwicklung durchgemacht haben. Noch vor zehn Jahren wanderten unsere ungarischen Arbeiter nach Amerika aus und konnten als unorganisiert gelten, heute sind sie vom Geiste des Sozialismus erfasst und organisieren sich. Ihr Wille für die Arbeiter Schutz zu errichten, wie die Kapitalisten für die Waren, und ihr werdet ebensogut Fiasko machen wie jene. Ein großer Teil der amerikanischen Arbeiter ist noch nicht vom proletarischen Massenbewusstsein erfasst, sondern nur vom Lohnbewusstsein. Wir müssen vollkommen freie Ein- und Auswanderung zulassen.“

Nach einer umfangreichen Debatte einigte man sich zum Schluß auf eine Resolution, die Annahme fand. Sie enthält gewissermaßen die Quintessenz der ganzen Diskussion und bringt den Standpunkt zum Ausdruck, der augenblicklich der einzig mögliche ist. Sie stellt außerdem Richtlinien auf für die fernere Behandlung dieses Problems in den einzelnen Ländern, weshalb sich der Abdruck lohnt. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Der Kongress erklärt: Die Ein- und Auswanderung der Arbeiter sind vom Wesen des Kapitalismus ebenso ungetrennliche Erscheinungen wie die Arbeitslosigkeit, Überproduktion und Unterkonsum der Arbeiter. Sie sind oft ein Mittel, den Anteil der Arbeiter am Arbeitsprodukt herabzusetzen und nehmen zeitweise durch politische, religiöse und nationale Verfolgungen anormale Dimensionen an. Der Kongress vermag ein Mittel zur Abhilfe der von der Aus- und Einwanderung für die Arbeiterschaft etwa drohenden Folgen nicht in irgendwelchen ökonomischen oder politischen Maßnahmen zu erblicken, da diese fruchtlos und ihrem Wesen nach reaktionär sind, also insbesondere nicht in einer Beschränkung der Freizügigkeit und in einem Ausschluß fremder Nationalitäten oder Rassen.“

Dagegen erklärt es der Kongress für eine Pflicht der organisierten Arbeiterschaft, sich gegen die infolge des Massenimports unorganisierter Arbeiter vielfach eintretende Herabdrückung ihrer Lebenshaltung zu wehren, und erklärt es außerdem für ihre Pflicht, die Ein- und Ausfuhr von Streikbrechern zu verhindern. Der Kongress erkennt die Schwierigkeiten, die in vielen Fällen dem Proletariat eines auf hoher Entwicklungsstufe des Kapitalismus stehenden Landes aus der massenhaften Einwanderung unorganisierter und an niedere Lebenshaltung gewöhnter Arbeiter aus Ländern mit vorwiegend agrarischer und landwirtschaftlicher Kultur erwachsen, sowie die Gefahren, die ihm aus einer bestimmten Form der Einwanderung entstehen. Er sieht jedoch in der übrigens auch vom Standpunkt der proletarischen Solidarität unvermeidlichen Ausschließung bestimmter Nationen oder Rassen von der Einwanderung kein geeignetes Mittel, sie zu bekämpfen.“

Nach dieser prinzipiellen Erklärung, die in ganz verständiger Weise die Mitte hält zwischen dem Gedanken der Internationalität und den Interessen der fortgeschrittenen Arbeitergruppen, empfahl der Kongress den sozialistisch gesinnten, Klassenbewußten Arbeitern folgende Maßregeln:

1. Für das Land der Einwanderung: a. Verbot der Ein- und Ausfuhr derjenigen Arbeiter, die einen Kontrakt geschlossen haben, der ihnen die freie Verfügung über ihre Arbeitskraft wie ihre Pflanzung nimmt; b. gesetzlichen Arbeiterschutz durch Verkürzung des Arbeitstages, Einführung eines Mindestlohnsatzes, Verbot des Schwitzsystems und Regelung der Heimarbeit, strenge Aufsicht über die Wohnungsverhältnisse; c. Abschaffung aller Beschränkungen, die bestimmte Nationalitäten oder Rassen vom Aufenthalt in einem Lande und den sozialen, politischen und ökonomischen Rechten der Einheimischen ausschließen oder sie ihnen erschweren, weitestgehende Erleichterung der Naturalisation; d. für die Gewerkschaften aller Länder sollen dabei folgende Grundsätze allgemeine Geltung haben: 1. Uneingeschränkter Zutritt der eingewanderten Arbeiter in die Gewerkschaften aller Länder; 2. Erleichterung des Eintritts durch Festsetzung angemessener Eintrittsgelder; 3. unentgeltlicher Übertritt von einer Landesorganisation in die andere bei vorheriger Erfüllung aller Verbindlichkeiten in der bisherigen Landesorganisation; 4. Erstreckung internationaler gewerkschaftlicher Kartelle, durch die eine internationale Durchführung dieser Grundsätze und Notwendigkeiten ermöglicht wird; e. Unterstützung der Gewerkschaftsorganisation derjenigen Länder, aus denen sich die Einwanderung in erster Linie rekrutiert.

- II. Für das Auswanderungsland: a. regle gewerkschaftliche Agitation; b. Belehrung der Arbeiter und der Öffentlichkeit über den wahren Stand der Arbeitsverhältnisse in den Einwanderungsländern; c. reges Einwirken der Gewerkschaften mit denen des Einwanderungslandes behufs gemeinsamen Vorgehens in der Frage der Ein- und Auswanderung; d. da die Arbeiterauswanderung außerdem oft durch Eisenbahn- und Dampfschiffgesellschaften, durch Landpekulanten und andere Schwindelunternehmungen, durch Erteilung falscher, erlogener Versprechungen an die Arbeiter

künstlich angestachelt wird, verlangt der Kongress: Überwachung der Schiffsagenturen, der Auswanderungsbureaus, eventuell gesetzliche oder administrative Maßnahmen gegen diese, um zu verhindern, daß die Auswanderung für die Interessen solcher kapitalistischen Unternehmungen mißbraucht werden. Endlich verlangt die Resolution noch eine Neuregelung des Transportwesens und eine Fürsorge für neuankommende Einwanderer, um diese vor der Ausbeutung durch die Schmarozker des Kapitals zu schützen.

Der Referent Ellenbogen aus Wien, der diese Resolution begründete, machte in seiner Begründung eine Reihe treffender Bemerkungen, die es wohl wert sind, an dieser Stelle wiedergegeben zu werden; er führte aus:

„Der Kapitalismus ist die Wirtschaftsordnung in ungeheuren Dimensionen. Was er anfacht, faßt er in größtem Maßstabe an. Seine Produktionen sind Massenproduktionen. Sein Absatz umfaßt die ganze Welt. Die wahnsinnigsten Reichtümer häuft er auf. Seine kulturellen Wirkungen sind positive und negative Massenwirkungen. Alle Kulturländer reißt er aus tausendjährigem Schlaf, wilde Gegenden erschließt er der Kultur. So rollt der Kapitalismus ungeheure Probleme auf, aber sie zu lösen, ist er nicht imstande. Es gehört mit zu dem anarchischen Charakter des Kapitalismus, daß er die Gesellschaft in ihren tiefsten Tiefen aufwühlt und mit kolossaler Kraft entfesselt, ohne sich Rechenschaft abzulegen, ob er imstande sein wird, die aufgeweichten Elemente zu händigen. Bei dieser ziel- und planlosen, dieser herrenlosen Art zu wirken, vermag der Kapitalismus eine im wesentlichen nur gewaltige Verheerung anzurichten. Erst der Sozialismus kann Ordnung schaffen, die Fragen beantworten und Probleme lösen. So ist der Kapitalismus in gewissem Sinne die Natur, die Millionen Ketten verschwenderisch vernichtet, um ein Lebewesen, einen lebendigen Organismus zu erzeugen. So wird der Sozialismus die von Menschenwesen geleitete Vernunft sein, die das ausgewählte Chaos ordnet und entfesselte Kräfte in das geregelte Bett einer gesunden gleichmäßigen Entwicklung leitet. Das größte Problem, das der Kapitalismus gestellt hat, ist die Frage, die uns augenblicklich beschäftigt. Die modernen Wanderungen übertreffen an Intensität und Ausdehnung die alten großen Völkerwanderungen. Sie reißen ganze Generationen aus dem heimatischen Boden und verpflanzen ganze Nationen in fremdes Land, vernichten hier ein Volk in seiner kulturellen Eigenart und lassen dort neue Nationen und Kulturen entstehen. Der Hauptgrund dieser Wanderung ist die unersättliche Gier des Kapitalismus nach Bereicherung. Die Organisationen der durch den Sozialismus aufgeweckten Arbeiter verlangen einen größeren Anteil an der Arbeitsproduktion. Das ist eine Schmälerung der Profitrate und das kann sich der Kapitalismus auf die Dauer nicht gefallen lassen. Der Profit muß wieder erhöht und die Arbeiter durch ihre eigenen Brüder bekämpft werden, die Macht ihrer Organisationen muß wieder vernichtet werden. Das Streben nach Einführung schlecht entlohnter Arbeiter liegt also im Wesen des Kapitalismus wie die Ausbeutung und alle anderen ökonomischen und sozialen Folgeerscheinungen des Kapitalismus. Infolgedessen entsteht eine wahnwitzige Konkurrenz unter den Arbeitern und ein übermenschliches Ringen der Einwandernden um einen Platz nicht an der Sonne, sondern um einen Platz in den sinkenden Schlachtkäufen von Chicago, in den schmutzigen Massenquartieren von San Francisco. Es entsteht ein mörderischer Kampf, um ein elendes, niedriges, furchtbares Dasein zu führen, ein Kampf zwischen den Einheimischen und Einwanderern einerseits und unter den Einwanderern andererseits. Der Kapitalismus hat sein Interesse daran, das Problem zu lösen. Er will es mit der Arbeiter und dem Auslande vereinigen, dann zerbricht er die Organisationen der Arbeiter, ohne Rücksicht selbst auf die Seuchenherde, die die Massen einwanderung auch für ihn gefährlich macht, oder die fremden Arbeiter kommen in zu großer Massenhaftigkeit, vielleicht schon als ausgepreßte Zitronen herbei, dann saugt er sie als lästige Ausländer aus und wirft sie zurück ins Glend. Anders der Sozialismus, anders der Kongress, der die Anschauungen der Sozialisten aller Länder wiedergibt. Unsere Aufgabe lautet einfach: Schutz sowohl den einheimischen als auch den zuwandernden Arbeitern. Würden wir nur die einen schützen, so würden wir Millionen von Einwanderern wehrlos der Beutegier des Kapitalismus preisgeben. Schützen wir aber einseitig die Einwandernden, so würden wir die Mühe und Arbeit jahrzehntelanger gewerkschaftlicher Organisation vernichten. Wenn wir nun nach den praktischen Mitteln dieses Schutzes fragen, so ist es klar, daß für die Sozialdemokratie beschränkende Ausnahmengesetze vollständig unmöglich sind. Es sollen die Arbeiter wie die einzelnen Nationen nicht etwa die internationale Solidarität darin aufpassen, daß sie sich einem harmlosen Internationalismus hingeben, daß sie etwa ihre Nationalität zu verlernen hätten. Im Gegenteil, die Arbeiter aller Nationen haben das Recht und die Pflicht, an den Kulturschätzen ihrer eigenen Nation mit Liebe und Begeisterung zu hängen, sie werden ihre Eigenart um so mehr bewahren, als sie wissen, daß die Nation gerade durch Bewahrung ihrer Eigenart der Kultur der Menschheit am meisten nützt. Sie haben andererseits doch so viel Achtung vor der Eigenart anderer Nationen, daß sie es als Verbrechen ansehen würden, diese etwa von dem Aufsteigen zu einer höheren Kulturstufe abhalten zu wollen.“

Die Hauptaufgabe fällt dabei den Gewerkschaften zu, die mit der Organisation der Auswanderer schon in ihrem Mutterlande zu beginnen haben, wie es unsere deutschen Parteigenossen mit den italienischen Auswanderern in mustergültiger Weise getan haben. Die

Gewerkschaften der verschiedenen Länder sollten wohlgeordnete Systeme schaffen, sich gegenseitig in der Auswanderungsfrage in die Hände arbeiten und den einwandernden Arbeitern den Zutritt zu den Gewerkschaften erleichtern. Ich kann es nicht als einen Akt internationaler Brüderlichkeit ansehen, wenn gewisse Gewerkschaften, um selbst Arbeitern den Zutritt zu erschweren, das Eintrittsgeld um 100 bis 250 Dollar erhöhen. Bei aller Würdigung der Forderungen der Konkurrenz durch zuwandernde Arbeiter kann das Mittel, diese Gefahr zu mindern, nur gefunden werden in der brüderlichen Heranziehung und Aufklärung dieser armen Leute. Genossen! Alle unsere Reden und die schönsten Resolutionen werden aber nichts nützen, wenn nicht die Überführung dieser Beschlüsse in die Wirklichkeit gewährleistet ist von dem Geiste der internationalen brüderlichen Liebe zu allen denjenigen, die unter dem Joch des Kapitalismus seufzen. Lassen Sie sich von diesem Gedanken, von dem berühmten, so oft zitierten Schlußsatz des kommunistischen Manifestes leiten, nicht nur bei der Abstimmung über diese Resolution, sondern vor allem, wenn Sie zur Ausführung dieser Resolution draußen im wirklichen Leben schreiten.“

Wir wollen hoffen, daß dieser begeisterte Appell an die internationale Solidarität seinen Zweck nicht verfehlen wird und daß die praktische Arbeit im Dienste der Internationalität die gewünschten und erhofften Erfolge erzielen wird.

Soziales.

Reichstagsaufgaben.

Je näher der Termin für den Wiederzusammentritt des Reichstags heranrückt, desto eifriger werden in der Presse die Aufgaben diskutiert, die er voraussichtlich zu lösen haben wird. Es sind keine angenehmen Perspektiven, die sich dem deutschen Volke eröffnen. Der Reichstag besitzt zwar im „Bloc“, der von den Konservativen bis zu den sogenannten Demokraten reicht, eine feste Mehrheit, die gebildet wurde durch das Versprechen, daß in der Reichspolitik den Wünschen der Liberalen mehr als je bisher Rechnung getragen werden soll, aber bisher hat man von liberalen Seiten auch nicht das geringste gehört. Im Gegenteil, es wird immer deutlicher, daß die freisinnigen Parteien ihren Dank für die von der Regierung geleistete Wahlhilfe und für die Aufnahme unter die „nationalen“ Parteien in der Weise zum Ausdruck zu bringen gewillt sind, daß sie den Wünschen Willkomm und der konservativen Regierungspartei das größte Entgegenkommen zeigen. Von den Nationalliberalen ist man eine solche Haltung schon lange gewöhnt, aber auch das Zentrum scheint seiner Oppositionsstellung bereits müde zu sein. Haben doch schon einzelne seiner Führer, wie Herr Spahn, durch den in Aussicht gestellten Bewilligungseifer in Flottenfragen den grollenden Reichstagskanzler zu besänftigen versucht. Während andere ultramontane Leuchten das gleiche Ziel zu erreichen suchen, indem sie das rote Gespenst in recht schrecklichen Farben an die Wand malen. So hat der Kölner Abgeordnete Trimborn erst kürzlich in schauerlichen Tönen die Gefahren geschildert, denen Deutschland entgegengeht, wenn es nicht gelingt, die Sozialdemokratie innerlich zu überwinden. „Dann gehen wir Schreckenszuständen entgegen. Ich stehe gar nicht an, zu sagen: dann fällt der Thron, dann wird unsere Kultur gewaltig herabstinken, und Ruinen werden Deutschland bedecken.“ Mit diesen Worten suchte der „Sozialpolitiker“ des Zentrums seine Zuhörer graulich zu machen, oder aber, und diese Annahme ist näherliegend, bei einer anderen Stelle einen guten Eindruck zu erwecken im Interesse des in Ungnade gefallenem Zentrum.

Alle diese Erscheinungen, zu denen man auch noch die bemitleidenswert jämmerliche Haltung der freisinnigen Parteien in der preussischen Wahlrechtsfrage rechnen muß, lassen darauf schließen, daß die Tätigkeit des Reichstags in der nächsten Session dem deutschen Volke recht schmerzliche Enttäuschungen bereiten wird. Von neuen Vorlagen, die der Erledigung durch den Reichstag harren, ist in erster Linie das Reichsvereinigungsgesetz zu nennen, dessen Einbringung der neue Staatssekretär v. Weichmann-Gollweg dem Christlichen Arbeiterkongress quasi als Geschenk der Regierung an die Arbeiter ankündigte. Über den Inhalt der Vorlage ist zwar noch nichts Positives bekannt, aber das, was bisher durchsickerte, läßt es berechtigt erscheinen, von dem Reichsvereinigungsgesetz als von einem Danaergeschenk zu sprechen. Es war in der Presse davon die Rede, daß bei der Reichsgründung der württembergischen Regierung die Zustimmung gegeben worden sei, daß bei der Durchführung des Artikels der Reichsverfassung, welcher die Schaffung eines Reichsvereinigungsgesetzes in Aussicht stellt, dieses keine Beschränkungen enthalten dürfe, welche das württembergische Vereinsgesetz nicht kennt. Diese Auffassung ist von dem damaligen Vertreter Württembergs, dem früheren Ministerpräsidenten v. Mütnacht, als irrig bezeichnet worden. Aber selbst wenn Preußen ein ähnliches Versprechen gegeben hätte, würde es sich heute wohl schwerlich noch daran gebunden fühlen.

Jedenfalls muß damit gerechnet werden, daß die wirtschaftliche Regelung des Vereinswesens in einer Reihe von Bundesstaaten eine Verschlechterung des bestehenden Zustandes bringen wird. Und ob nicht aus dem preussischen Vereinsgesetz und insbesondere aus dem sächsischen „Juwel“ einige schikanöse Boshelten ins Reichsrecht herübergerettet werden, ist keineswegs ausgeschlossen. Nach dem, was bisher von dem geplanten Gesetz an die Öffentlichkeit gelangt ist, muß sogar damit gerechnet werden, daß neue Schikanen erfunden wurden, um den Arbeitern den Gebrauch des Vereinsrechtes zu erschweren. Es wird bestimmt behauptet, daß das neue Gesetz

ein Verbot fremder Sprachen in den Versammlungen bringen wird. Diese Bestimmung richtet sich zunächst gegen die Polen und wird hier den nicht gewünschten Erfolg zeitigen, dem Fanatismus neue Nahrung zu geben. Der schmähliche Versuch, einer Nation mit derartig kleinlichen Schikanen ihr Bindemittel, die Sprache, zu rauben, wird kläglich scheitern. Bei der großen Zahl von fremdsprachigen Ausländern, die von dem profitierbaren Unternehmertum als Lohnarbeiter ins Land gebracht werden, würde das Verbot der fremden Sprachen in starkem Maße aber auch die Gewerkschaften treffen. Zweifellos hat bei den Erfindern dieser Bestimmung die Absicht mitgewirkt, es den Gewerkschaften zu erschweren, ihre ausländischen Klaffengenossen über die Ausbeutung zu unterrichten, deren Opfer sie sind. Sollte ein Vereinsgesetz mit einer derartigen Bestimmung angenommen werden, dann werden wir wohl Mittel finden, unseren Zweck trotzdem zu erreichen, aber jedenfalls haben die Arbeiter die Pflicht, gegen den Erlass eines solchen Gesetzes den schärfsten Protest zu erheben.

Unter die Versprechungen, die der Staatssekretär des Innern dem christlichen Arbeiterkongress gemacht und die Billow der zu ihm gesandten Deputation dieses Kongresses wiederholte, als er sie mit Speise und Trank und schönen Redensarten labte, gehört auch das Arbeitskammergesetz. Über den Inhalt dieses Gesetzes ist bisher nichts bekannt geworden, was als Unterlage für seine Beurteilung dienen könnte. Es gehört aber ein großes Maß von Optimismus dazu, um zu hoffen, daß die Regierung des Fürsten Billow dem Reichstag ein Gesetz vorlegen wird, das geeignet ist, die bescheidensten Wünsche der Arbeiter zu befriedigen.

Man wird gut tun, die Hoffnung auf einen wirklichen Fortschritt in der Sozialreform auf ein recht bescheidenes Maß herabzujücken. Wer jedoch damit rechnet, daß die nächste Gesetzgebungsperiode dem Volke neue schwere Lasten bringen wird, wird schwerlich enttäuscht werden. Die Flottenpatrioten, die nicht genug von dem Gelde, welches dem deutschen Volke abgepreßt wird, ins Wasser werfen können, gehen herrlichen Tagen entgegen, und mit ihnen können sich die Lieferanten von Kriegsmaterial freuen. Die Tragikomödie der Friedenskonferenz im Haag ist zu Ende, und jetzt kann lustig weiter gerüstet werden. Ob man die Gründung einer Luftflotte jetzt gleich in Angriff nehmen wird, nachdem der lenkbare Luftballon soeben erfunden ist, steht noch dahin; lange wird sie sicher nicht auf sich warten lassen. Dagegen kann es als feststehend erachtet werden, daß die Zahl der Kriegsschiffe vermehrt werden wird. Zwar ist durch das Flottengesetz ein bestimmter Bauplan bis zum Jahre 1917 festgelegt, aber das Flottengesetz ist schon so oft über den Haufen geworfen worden, daß an einer Abänderung diesmal um so weniger zu zweifeln ist, als auch bereits das Zentrum seine Bereitwilligkeit angekündigt hat und die freisinnigen Parteien durch ihre Zugehörigkeit zum Block die Verpflichtung übernommen haben, alles gutzuheißen, was eine hohe Regierung will. Nach sehr bescheidenen Schätzungen wird das neue Flottengesetz eine jährliche Mehrausgabe von 60 Millionen verursachen.

Und dabei befindet sich das Reich jetzt schon in einer schweren Finanzalamität; die Finanzkünstler zerbrechen sich den Kopf, um neue Geldquellen flüssig zu machen, aber auf das nächstliegende Mittel, die Ausgaben für unproduktive Zwecke einzuschränken, verfällt man nicht. Jetzt wird bekannt, daß die Regierung die Einführung des Branntweinsmonopols plant. Es handelt sich dabei um einen sehr feinen Plan, der geeignet ist, den schnapsbrennenden Junkern ein großartiges Geschenk zuzuwenden und dabei noch der Gbhe in den Reichskassen ein wenig abzuhehlen, natürlich auf Kosten der Armen der Provinzen. Das Spiritusyndikat, welches es verstanden hat, die Preise des Spiritus auf einen ungeheuer hohen Stand zu bringen, soll verstaatlicht werden. Die Regierung wird die großen Spiritusfabriken kaufen und die Kleinen abfinden. Den Spiritusproduzenten sollen zum mindesten die bisherigen Preise garantiert werden. Um das zu können und dabei noch einen Überschuss für die Reichskasse zu erzielen, werden die Preise des Branntweins erhöht, und so wird für das Reich ein jährlicher Überschuss von 70 Millionen herausgerechnet, der später noch gesteigert werden soll. Dieser Plan wird zwar von den Altvordern energisch bestritten, aber gerade dieses Dementi im Verein mit der rapiden Steigerung der Spiritusaktien an den Börsen beweist seine Richtigkeit.

Ist das Spiritusmonopol durchgedrückt, dann wird das Tabakmonopol nicht lange auf sich warten lassen. An und für sich könnte man ja gegen die Übernahme der Produktion durch das Reich wenig einwenden. Sie wäre sogar zu begrüßen, wenn sie als Mittel verwendet würde, den Arbeitern einen größeren Teil von dem Ertrag ihrer Arbeit zuzuwenden, als das unter der Privatwirtschaft der Fall ist. Aber diese Monopole sollen ja nicht ein Mittel sein, die Lasten des Volkes zu erleichtern, sondern sie sollen dazu dienen, die Massen noch härter auszusaugen, als das jetzt schon der Fall ist.

Das arbeitende Volk geht schweren Zeiten entgegen. Die Geschäftskrise naht, oder wir sind, richtiger gesagt, schon mitten drin. Die Arbeitslosigkeit ist in starker Zunahme begriffen; der Zollpolitik des Reiches haben wir eine wachsende Feuerung der notwendigen Lebensbedürfnisse zu danken. Und dabei trägt man sich mit dem Gedanken, die auf den Schultern der Armen ruhenden Lasten weiter zu vermehren. Von einer Ausdehnung der politischen Rechte der arbeitenden Klassen will man nichts wissen, dagegen sucht man den Arbeitern unter dem Scheine einer Erweiterung ihrer Rechte einen festeren Baum anzulegen, wie das mit dem geplanten Reichsvereinsgesetz der Fall ist. Es sind recht trübe Per-

spektiven, die sich uns eröffnen, doch wird die nächste Tagung des Reichstags das Gute haben, daß sie dem deutschen Volke lehren wird, was es von den Versprechungen falscher Freunde zu halten hat. Und das eröffnet uns die Aussicht, daß es auch die Kraft finden wird, sich von der Gesellschaft zu befreien, die ihm das Mart ausaugt.

X. Unentgeltlichkeit der Lehrmittel in der Schweiz.
Im 19. Jahrgang des Jahrbuches für das Unterrichtswesen in der Schweiz faßt Dr. Huber die bisherigen Erfahrungen mit den unentgeltlichen Lehrmitteln zusammen. In 18 Kantonen ist die Unentgeltlichkeit obligatorisch, und sie geben zusammen pro Jahr 1008407 Franken aus, wovon der Staat (Bund und Kantone) drei Fünftel, die Gemeinden zwei Fünftel tragen. Die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel, die sich nicht nur auf Schulbücher, sondern auch auf Feste, Federn usw., zum Teil auch auf Materialien für weiblichen Handarbeitunterricht erstreckt, kommt heute 271798 Schülern im Alter von 6 bis 16 Jahren zugute. Die Erfahrungen sind durchweg gut; die Schüler gehen mit den Büchern ebenso sorgfältig um wie früher — nutzwillig ruinierte Sachen müssen von den Eltern ersetzt werden — nur weiß man noch nicht, ob es besser ist, wenn die Schüler die Bücher nur leihweise erhalten, oder wenn sie ihnen nach dem Schulaustritt ganz überlassen werden. Die erhebliche Belastung des Budgets für kulturelle Zwecke in dieser Form ist natürlich nur in einem Lande möglich, wo der Militarismus hinter der Forderung nach Volksbildung rangiert.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokaltetrags erteilt, und zwar ab 15. Oktober: Alfeld 5 Pf., Bürgdorf 5 Pf., Gollnow 5 Pf., Lahr 10 Pf., Marburg 10 Pf., Roda 5 Pf.; ab 1. November: Adlershof 50 Pf., Kirchheim u. T. 20 Pf., M. Gladbach 5 Pf., Ober-Ramstadt 10 Pf., Waldheim 10 Pf.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 10655 Johannes Wiese, Tischler, geb. 6. 8. 62 zu Venzen.
- 149459 August Böhm, Tischler, geb. 9. 6. 60 zu Dresden.
- 178945 Alex. Orlevisch, Tischler, geb. 9. 11. 68 zu Willenberg.
- 187622 Richard Schulze, Tischler, geb. 14. 7. 87 zu Beek.
- 282036 Horger Hall, Mobeltischler, geb. 21. 2. 83 zu Kopenhagen.
- 327048 Friedrich Gehhaar, Tischl., geb. 1. 2. 80 zu Steinwitten.
- 348182 Theodor Klemm, Tischler, geb. 6. 5. 86 zu Halbrück.
- 370409 Arsenus Schultheis, Fräser, geb. 10. 7. 64 zu Furtwangen.
- 405946 Albert Stupfel, Säger, geb. 14. 12. 84 zu Ultenzsdorf.

Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Vorstandsvorstand.

Korrespondenzen.

Aßern. Unsere Zahlstelle entfaltet eine eifrige Tätigkeit. Am 19. Oktober fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt, in welcher sich mehrere Kollegen aufnehmen ließen. Eine Reihe weiterer Kollegen, die der Versammlung nicht anwohnen konnten, hat ihren Beitritt in Aussicht gestellt. Am gleichen Tage sollte auch eine Versammlung des christlichen Verbandes stattfinden, welcher ebenfalls hier Fuß fassen möchte. Es war aber vergebliche Mühe. Nach mehrstündigem Warten waren nur insgesamt vier Personen im Lokal, nämlich zwei christliche, einschließlich des Referenten, und zwei freie Gewerkschaftler. Die Christen werden nun wohl begreifen, daß hier für sie nichts zu holen ist.

Bühlertal. Hier fand am 20. Oktober eine öffentliche Solzarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Christmann-Christmann das Referat übernommen hatte. Er zeigte von anbrecherischem Eifer und übernahm Solzarbeiter, wie das Antichristentum sie zu den bestmöglichen Forderungen der Arbeiter stellt. Hier in Bühlertal werden geradezu jämmerliche Löhne gezahlt. Fälle, in denen erwachsene männliche Arbeiter mit 1,80 Mk. abgepeist werden, gehören nicht zu den Seltenheiten. Dieser horrenden Lohn gilt für eine Arbeitszeit von 14 bis 15 Stunden täglich. Diejenigen Arbeiter, welche täglich 8 Mk. verdienen, sind leider nur Ausnahmen. Die Lebenshaltung der Arbeiter kann bei solchen Löhnen nur als elend bezeichnet werden. Von der Versammlung wurde den Ausführungen des Referenten ungeteilter Beifall gezollt, nachdem derselbe den Anschluß an den Solzarbeiterverband als den einzigen Weg bezeichnete, um aus solchen Zuständen heraus und in bessere hineinzukommen. Nicht gleicher Ansicht war ein anwesender Herr Baumann, vermutlich aus Karlsruhe. War selbiger auch nicht in der Lage, an den Ausführungen des Referenten irgend etwas in Abrede zu stellen, so war er um so viel eifriger bestrebt, durch nicht zum Referat gehörige Ausführungen für den Christlichen Solzarbeiterverband Stimmung zu machen. Herr Baumann erkannte zwar an, daß der Referent in seinen Ausführungen sehr sachlich gewesen sei, doch wäre das, wie er meinte, nicht ehrlich gewesen. Nachdem Herr Baumann seinen ganzen Vorrat an Unterstellungen und Schmähreden gegen die angeblich sozialdemokratischen Verbände ausgekratzt hatte, versicherte er, daß der Christliche Solzarbeiterverband auch jederzeit gewillt sei, für die Besserstellung der Bühlertaler Solzarbeiter einzutreten. Zu den letzten Ausführungen des Herrn Baumann meinte der Referent, den guten Willen möge ja der Christliche Solzarbeiterverband haben, aber die Mittel fehlen; der Sägersreit in Bühlertal hatte es ja glänzend bewiesen. Um dem Herrn Baumann jede Möglichkeit zu nehmen, sich über Vergewaltigung zu beklagen, wurde ihm großmütig das Schlußwort verstattet, mit dem gleichzeitigen dringenden Ersuchen, sich zum Referat zu äußern und nicht alles, was ihm gekauft sei, wie Kraut und Rüben durcheinander zu würfeln. Da Baumann hiervon keinen Gebrauch machte, wofür er von der Versammlung gründlich ausgelacht wurde, so wurde die Versammlung geschlossen, nachdem sich einige Säger zur Aufnahme in den Verband gemeldet hatten.

Cöln. Am 9. Oktober fand im Volkshaus eine öffentliche Solzarbeiterversammlung statt. Dieselbe gestaltete sich zu einer imposanten Protestkundgebung gegen die Annahme der Unternehmung, die glaubten, die Cölnner Schreiner in der gewissenlosen Weise beleidigen zu können. Der geräumige Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Der Referent Kollege Haas gab zunächst ein klares Bild von dem ganzen Verlauf der Angelegenheit, über welche in der „Solzarbeiter-Zeitung“ bereits eingehend berichtet wurde. Die Arbeitgeber, die als Sachverständige geladen waren, haben mit einer einzigen Ausnahme eine geradezu lächerliche Rolle gespielt. Die Herren wollten mit aller Gewalt den Durchschnittslohn für Cöln auf 43 bis 45 Pf. bestimmen. Aber trotz aller Bindungen und Drehungen mußten sie eingestehen, daß sie ihren Leuten einen weit höheren Lohn zahlen. Durch eine Statistik, die im Herbst vorigen Jahres aufgenommen worden war und an welcher sich 1473 Schreiner beteiligt hatten, ist nachgewiesen, daß schon im letzten Jahre der Durchschnittslohn 52,5 Pf. betragen hat, also eigentlich ein weit höherer Lohn hätte festgesetzt werden müssen. Betreffs des Ausspruchs der Arbeitgeber: 52 Pf. Stundenlohn sei eine Prämie auf Faulheit und Dummheit, führte der Referent den Anwesenden eine Anzahl Orte vor Augen, wo im Tarif ein Durchschnitt oder Mindestlohn festgesetzt sei, allerdings sei hier eine geschlossene Arbeiterschaft vorhanden, und die Arbeitgeber würden sich hüten, einen derartigen Ausspruch zu gebrauchen, in Cöln nähme man wohl an, daß man mit einer zersplitterten Arbeiterschaft zu rechnen habe, die Arbeitgeber von dieser Ansicht zu kurieren, sei Aufgabe der Kollegen. Mit einem Appell an die Anwesenden, die Organisation zu stärken und die noch Fernstehenden dem Deutschen Solzarbeiterverband zuzuführen, schloß der Redner seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen. Die Diskussion gestaltete sich lebhaft. Auch ein Mitglied des Gewerbevereins stellte sich voll und ganz auf den Standpunkt des Referenten und erklärte sich mit der eingebrachten Resolution einverstanden, die dann einstimmig angenommen wurde. Dieselbe hat folgenden Wortlaut: „Die versammelten Solzarbeiter Cölns erheben gegen den Ausspruch der Arbeitgeber, wonach ein Stundenlohn von 52 Pf. als eine Prämie auf Faulheit und Dummheit bezeichnet wird, auf das entschiedenste Protest. Die Versammelten erachten einen Stundenlohn von 52 Pf. unter den gegebenen Verhältnissen für ein Minimum und halten das Urteil des Gewerbegerichts als vollständig gerecht. Ferner erklären die Versammelten: In Anbetracht dessen, daß die Unternehmer das Bestreben zeigen, selbst Gewerbegerichtsurteile nicht zu respektieren; daß ferner das Kesseltreiben des Arbeitgeber-Schutzverbandes unter Führung der Herren Mahardt und Konsorten gegen den Deutschen Solzarbeiterverband ständig junimmt und die Unternehmer die Tendenz zum Lohnruddel hin und hin innewandeln, erachten die Solzarbeiter Cölns den Zusammenschluß aller Kollegen als unerläßlich. Die Versammelten betrachten den Deutschen Solzarbeiterverband als die wirksamste Schutzwehr gegen die Annahmen der Unternehmer, und es wird daher den noch fernstehenden Kollegen zur Pflicht gemacht, diesem Verband beizutreten.“ — Auch das Cölnner Gewerbegericht beschloß sich in einer Gesamtsitzung mit der Angelegenheit. Nach einer eingehenden Aussprache erfolgte die einstimmige Annahme folgender Resolution: „Die am 21. Oktober 1907 abgehaltene Plenarsitzung des Rgl. Gewerbegerichts besahe sich mit dem am 25. Juli 1907 gefällten Urteil in Sachen des im Cölnner Schreinerhandwerk üblichen Durchschnittslohnes eingehend. Nachdem der Sachverhalt klargelegt, weist die Plenarsitzung den Vorwurf der Parteilichkeit, der dem Rgl. Gewerbegericht von der Leitung des Arbeitgeber-Schutzverbandes der Tischlermeister und Holzindustriellen gemacht worden ist, mit Entrüstung zurück.“

Colmar. Der Firma Wiederkehr scheint die Versammlung vom 10. Oktober, welche von dem Gewerkschaftssekretär Kollegen Zimb aus Straßburg für sämtliche in dem Betrieb beschäftigten Stellmacher, Sattler, Schlosser und Maler abgehalten wurde, nicht nach Wunsch ausgefallen zu sein. Seither wurde drei Kollegen, darunter zwei Vertrauensleuten der Sektion der Wagner und Stellmacher, gekündigt. Dem einen Kollegen wurde erklärt, er habe in einer Versammlung gesprochen und sei deshalb entlassen. Einem anderen wurde mitgeteilt, daß er entlassen werde wegen Arbeitsmangel, trotzdem die Firma vor kaum acht Tagen zwei Arbeiter eingestellt hat. Dem dritten wurde gesagt, er werde entlassen, weil er einen Tag unberechtigt von der Arbeit weggeblieben ist. Wenn die Firma glaubt, mit solchen Gewaltmaßnahmen die Organisation aus ihrem Betrieb fernzuhalten, so können wir heute schon feststellen, daß sie damit das Gegenteil erreicht. Ein solches Verfahren muß auch dem indifferentesten Arbeiter zu denken gegen und ihn der Organisation zuführen. Wenn die Arbeitgeber sich das Recht nehmen, sich zu organisieren für ihre Interessen, dann muß es jedem Arbeiter eine heilige Pflicht sein, sich der Arbeiterorganisation anzuschließen. Bei dieser Firma herrschen noch sehr viele Mißstände, Werkzeug ist nicht genügend vorhanden, auch die Behandlung der Arbeiter läßt zu wünschen übrig, so daß die Firma von dieser Seite aus nicht sehr empfehlenswert ist. Den Schreiner und besonders den Wagner und Stellmachern rufen wir zu, sich stärker als je der Organisation anzuschließen, dann wird es auch gelingen, bessere Verhältnisse für Colmar zu schaffen, trotz allen Scharfmachereien und Unternehmerrückstellungen. Wir weisen darauf hin, daß die Firma Wiederkehr bis auf weiteres gesperrt ist. Es ist Pflicht sämtlicher Wagner und Stellmacher, Colmar streng zu meiden.

Friedland, Bez. Breslau. Unsere traurigen Versammlungslokalverhältnisse haben für kurze Zeit eine bescheidene Besserung erfahren. Am 19. September konnten wir in einer vorzeitig geräumten Wohnung eine polkeltlich angemeldete Mitgliederversammlung abhalten, die leider nicht so gut besucht war, wie man es hätte erwarten dürfen. Insbesondere war es bedauerlich, daß von der Firma Schmidgen nur vier Kollegen anwesend waren, obwohl der Bericht von der Lohnbewegung in diesem Betrieb auf der Tagesordnung stand. Von den Kollegen von der Firma Knoll wurde geäußert, daß das Werk zu langam gehe und infolgedessen ihr Verdienst beeinträchtigt werde. Dann sollen Artikel, welche bis jetzt von Fichte gedruckt wurden, für denselben Preis aus Buche gefertigt werden. Wenn Herr Knoll nur etwas praktische Erfahrung hätte, würde er so etwas von seinen Arbeitern nicht verlangen. In diesem Betrieb scheinen die

Kollegen durch ihr unkollegiales Verhalten selbst mit an den Zuständen schuld zu sein. Einzelne Kollegen, die bessere Arbeit bekommen, verdienen noch einen annehmbaren Lohn und glauben es nun nicht nötig zu haben, an den Chef wegen den Missetänden heranzutreten. Bedauerlich ist es, daß man durch das Fernbleiben bei den Versammlungen gezwungen ist, den Raum der Zeitung zu einer Kritik des unkollegialen Verhaltens der Kollegen zu benutzen. Es ist aber eines organisierten Kollegen unwürdig, seine Freude laut zum Ausdruck zu bringen, wenn sein Mitarbeiter wieder schlechtbezahlte Arbeit erhalten hat. Bis Neujahr wird uns die erwähnte Wohnung zu Versammlungen zur Verfügung stehen, lege nun jeder die Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit beiseite, fort mit allem persönlichen Haber und Streik, erscheint vollzählig in den demnächst bekanntgemachten Versammlungen. Erfüllt nicht die Hoffnung der Unternehmern, auch zu entzweien, sondern seid einig, dann werden wir auch vorwärts kommen und wird es uns in nächster Zeit auch gelingen, die noch sehr schlecht entlohten Sägerwerkarbeiter dem Deutschen Holzarbeiterverband zuzuführen.

Gaggenau. Recht eigenartige Verhältnisse existieren hier noch bei Herrn Schreinermeister Kraus. Anstatt den Arbeitern einen einigermaßen anständigen Lohn zu zahlen, glaubt er sie mit Ohrfeigen traktieren zu können. Letzte Woche hat sich ein derartiger Fall zugetragen. Wir werden mit allen uns gesetzlich zu Gebote stehenden Mitteln versuchen, diesem Herrn die nötige Achtung vor unseren organisierten Kollegen beizubringen. Insbesondere werden wir dafür sorgen, daß die ergebliche Quelle, von wo Herr Kraus in Karlsruhe seine Leute durch glänzende Verprechungen hierher lockt, versagt, bis in dem Geschäft andere Zustände herrschen und Herr Kraus seinen Arbeitern eine anständige Behandlung zuteil werden läßt. Wir bitten deshalb die zureisenden Kollegen, dies zu beachten.

Gefunden i. Thür. Am 18. Oktober fand hier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt mit der Tagesordnung: „Warum müssen wir uns organisieren?“ Hierzu hatten sich auch Holzarbeiter aus der Umgegend eingefunden. An Stelle des verhinderten Gauvorstehers Pappes-Erfurt gab Kollege Stoppe aus Martinroda einen kurzen Überblick über den Wert der Organisation. In der Versammlung wurden auch die Verhältnisse der hiesigen Blumenstäbchen-schneider besprochen, die mit Hilfe des Deutschen Holzarbeiterverbandes im Jahre 1901 eine Lohnaufbesserung von 15 bis 20 Prozent errungen hatten. Nach Auslösung der Zahlstelle sind aber die Preise wieder auf den früheren Tiefstand zurückgegangen. Damit ist erwiesen, daß nur durch geschlossenes Vorgehen etwas erkämpft werden kann. Zum Schluß erging an die noch unorganisierten Kollegen die Aufforderung, sich Mann für Mann dem Deutschen Holzarbeiterverband anzuschließen.

Bahr. Die Arbeitgeber halten bekanntlich zu allen Zeiten treu zu ihrer Organisation. Die Arbeiter müssen, als die wirtschaftlich Schwächeren, im eigenen wohlverstandenen Interesse das gleiche tun. Nicht immer wird ein gewerkschaftlicher Kampf mit einem vollen Erfolg abschließen; wenn aber nach dem Kampfe dann die Kollegen auseinanderlaufen wie eine Herde Schafe, in welche der Witz geschlagen hat, dann wird der Unternehmer vor einer solchen Arbeiterschaft gewiß allen Respekt verlieren. Die Folge ist dann, daß durch die Gleichgültigkeit der Kollegen die Arbeitsverhältnisse von dem Fabrikanten immer nach rückwärts revidiert werden. Nun haben wir aber bei unserer letzten Bewegung bestimmt einen Achtungserfolg errungen. Dies kann kein Kollege bestreiten. Daß der Unternehmer nicht im vollen Umfang Wort hält, daß er die Löhne nicht so aufbesserte, wie ausgemacht, die noch Ausständigen nicht in der verabredeten Zeit wieder einstellt, kann doch für die Arbeiter nur ein Anlaß sein, nicht fahnenflüchtig zu werden. In allen Fällen noch haben die Arbeiter ihr leichtfertiges Davonlaufen von der Organisation bitter bereuen müssen. Der Unternehmer kann mit ihnen dann anfangen, was er will.

Landsberg a. W. (Drechsler.) In unserer letzten Sektionsversammlung beschäftigten wir uns abermals mit der Drechslerkonferenz, und wurde das schwächste Verhalten des Hauptvorstandes gerügt. Durch das zu lange Hinausschieben der Konferenz sind die Kollegen in bedauerliche Gleichgültigkeit verfallen. Nach dem Bericht des Kollegen Kitzing-Weipzig hält es die Hälfte der Kollegen erst nicht für nötig, die Fragebogen einzufüllen. Ihr Säumigen! Auch wir eruchen euch, sofort eurer Pflicht nachzukommen, damit nun endlich mal die Zeit bekanntgegeben werden kann, wann der erste Schritt zur Verbesserung unserer traurigen Lage getan werden soll. Auch den hiesigen Kollegen gilt die Mahnung: Erwacht! Schüttelt die Interesslosigkeit ab, denn nur durch regelmäßiges, vollzähliges Erscheinen in den Versammlungen beweist ihr, daß ihr vorwärts wollt. Die Versammlungen finden jeden Freitag nach dem 15. im Lokal von Rudolf Daber statt.

Mindelheim-Würstchen. Die Christlichen gebärdeten sich in letzter Zeit in hiesiger Gegend sehr rüßrig, um das weitere Vordringen unseres Verbandes zu verhindern. Doch blieben dabei auch unsere Kollegen nicht faul und veranstalteten am 19. und 20. Oktober in beiden Orten Versammlungen, zumal es auch galt, den Kollegen einmal die Wahrheitsliebe der lieben Brüder in Christo zu zeigen. Ein paar Stichproben seien hier nur registriert. Der bekannte Schimpfapostel und Bezirksleiter Adhock behauptete kürzlich in einer hiesigen Versammlung, „der Münchner Schreinerartefiz sei von den Christlichen erkämpft worden, der freie Holzarbeiterverband hätte denselben lediglich dann abgeschrieben!“ Donnerwetter, die 4000 frei organisierten Holzarbeiter ignorieren der Arbeitgeberverband und mit den 172 Christlichen schlägt er den Tarif ab, und die letzteren schimpfen bloß zum Vergnügen über die Münchner Streikleitung, weil diese die Christlichen nicht mittun hat lassen. Natürlich fehlte der Terrorismus nicht, und „Er“, der schrecklich Mißhandelte, trug die Schauer-mär seiner Behandlung in den Vereinigten Werkstätten zum tausendsten Mal wieder vor, nur dieses Mal mit dem Unter-schied, daß aus dem Messer in der Hand des freien Terroristen ein „Holzschet“ geworden! Die Lohnbewegungen, wo etwas erreicht wurde, seien natürlich nur von den Christlichen gemacht worden. Es ist den Herren aber zu empfehlen, den „Stieg in Günstigung“ doch besser wegzulassen, denn das Verhalten der Christlichen dort ist doch zu sehr bekannt, und daher ist es sehr gewagt, vom entschlossenen Vorgehen in

Günzburg zu fabulieren. Müßlich, der eigens vor 14 Tagen nach hier verschrieben wurde, produzierte sich als Zahlensjongleur, indem er die freien Gewerkschaften im Niedergang befindlich anführte, während die Christlichen nun schon zwei Millionen Mitglieder hätten! Der Herr vergaß, hinzu-zufügen, daß die freien Gewerkschaften im Jahre 1906 allein nahezu so viel Mitglieder gewonnen, als die Christlichen überhaupt Mitglieder haben. Gegenüber einer derartigen Agitationsweise war es dem als Referenten erschienenen Kollegen Raith ein Leichtes, den Versammelten an der Hand von christlichen Zeitungen und Zeitschriften solche Lügen-beuteleien in das richtige Licht zu setzen. Demgegenüber zeigte Raith auch, welche Bewandnis es hat mit den 900000 christlich-nationalen Arbeitern, die zum Kongreß in Berlin ihre Vertretung entsandten. Zudem in christlichen Gewerkschaften und gleichzeitig in katholischen Gesellen- oder Arbeitervereinen befindliche Mitglieder doppelt und dreifach als Mitglieder aufgeführt worden. Zu den 75000 katholischen Gesellenvereinsmitgliedern hat man die 20000 Mitglieder der österreicherischen, ungarischen und Schweizer Vereine mitgezählt. Die überzeugenden und sachlichen Ausführungen fanden Beifall der gesamten Anwesenden, auch der Christlichen. Es steht daher zu hoffen, daß durch diese Versammlungen der Agitationsseifer neu belebt wird, da ja auch das Verhalten unserer Arbeitgeber berechtigten Anlaß zum Nachdenken gibt. So hat zum Beispiel Sägerwerkbester Kreuger in Würstchen, ein sehr frommer Mann, vor kurzem einen tüchtigen, fleißigen Arbeiter lediglich deshalb entlassen, weil er ihm schon zu alt sei, obwohl derselbe sich im besten Mannesalter befindet. Natürlich zu den Löhnen, wie sie hier den Sägern bei 65 bis 70 stündiger Arbeitszeit bezahlt werden, sich ausbeuten zu lassen, dazu gehören denkfaule, willige, indifferente Arbeitsflaven. Durch solche Vorgänge und einer lügnersischen Agitation, wie sie die Christen betreiben, werden den Kollegen rechtzeitig die Augen geöffnet, und sie lernen dabei am besten erkennen, wohin sie gehören, in den Deutschen Holzarbeiterverband.

Münchenberg. (Werkstattarbeiter.) Unsere letzte Mitgliederversammlung am 6. Oktober befaßte sich auch mit der Resolution der Hamburger Zahlstelle, welche in Nr. 38 der „Holzarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht ist. In der anschließenden Diskussion wurde allgemein der Auffassung Ausdruck gegeben, daß der Kampf um eine Stärkung bedarf. Jedoch sei bei einer weiteren Erhöhung der Beiträge Rücksicht zu nehmen auf die innerhalb unseres Verbandes so schlecht entlohten Berufe, zu welchen auch die Werkstattarbeiter zählen. Allgemein wurde darauf hingewiesen, daß die Agitation bei uns eine dankbare Aufgabe sei, daß diese aber bei einer weiteren Erhöhung der Beiträge innerhalb unseres Berufs unmöglich gemacht würde. Es wurde auch auf Fürth und Regensburg, wo ebenfalls je noch eine Werkstatt-fabrik besteht, hingewiesen. In Fürth werden 80 Pf. Verbandsbeitrag erhoben; mit diesen Beiträgen getraut sich die dortige Zahlstellenverwaltung überhaupt unter diesen Arbeitern nicht zu agitieren. In Regensburg, wo 300 bis 400 Personen in dieser Branche beschäftigt sein sollen, sollen die Löhne derart niedrig sein, daß nicht mehr als 18 Wk. pro Woche Verdienst zu verzeichnen sind. Die Befürchtung ist nahelegend, daß diese so schlecht entlohten unorganisierten Arbeiter den Nürnberger gegebenenfalls in den Rücken fallen würden. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung unserer Sektion bleibt vor wie nach auf dem Standpunkt, daß nur die Einführung von Staffelbeiträgen innerhalb unserer Organisation, wie wir in Nr. 31 der „Holzarbeiter-Zeitung“ erwähnt haben, das richtige Mittel ist, den Kampf um die Stärkung der Organisation mehr Kruppen zuzuführen, als es jetzt der Fall ist. Die Versammlung fordert daher den Hauptvorstand auf, recht bald hierzu Stellung zu nehmen und mit geeigneten Vorschlägen hervorzutreten.“ — Am 20. Oktober fand in Stein eine allgemeine Werkstattarbeiter- und arbeiterinnenversammlung statt. Der Referent Kollege Gilt kritisierte scharf die dortigen Verhältnisse und ermahnte die Anwesenden, sich dem Deutschen Holzarbeiterverband anzuschließen. Weiterer Beifall wurde ihm zuteil. Neuaufnahmen wurden gemacht. Bei der guten Stimmung, welche unter den Anwesenden herrschte, darf man annehmen, daß nun einmal auch dort das Fundament zur Organisation gelegt sei. Den dort organisierten Kollegen und Kolleginnen rufen wir zu, sich durch nichts irren machen zu lassen, sondern unermüdet auf dem betretenen Wege fortzuschreiten, dann können wir auch dort getroßt in die Zukunft blicken.

Naschau. In einer am 20. Oktober abgehaltenen öffentlichen Holzarbeiterversammlung referierte Gewerkschaftssekretär Straube-Chemnitz über: das Unfall- und Invaliden-versicherungsgesetz. Die Versammlung war von etwa 100 Personen besucht, das ist aber kaum die Hälfte der im Orte organisierten Holzarbeiter. Solchen interessanten Vorträgen sollten die Kollegen in Zukunft etwas mehr Interesse entgegenbringen.

Nastatt. Am 21. Oktober referierte Kollege Christiansen aus Stuttgart über das Thema: „Die Holzarbeiter im Kampfe um ihre Existenz“. Die anwesenden Kollegen sollten ihm am Schlusse seines Referats lebhaften Beifall. Leider war die Versammlung schlecht besucht, denn von circa 100 organisierten Kollegen waren kaum 30 erschienen. Dabei hätten es die Nastatter Kollegen besonders nötig, in einer Versammlung zu erscheinen, zumal wenn noch für gelernte tüchtige Schreiner 32, 34 und 36 Pf. pro Stunde bezahlt werden und der Höchstlohn 45 Pf. beträgt. In einem Betrieb herrscht sogar noch die elfstündige Arbeitszeit. Wir möchten den Nastatter Kollegen ans Herz legen, in Zukunft die Versammlungen besser und pünktlicher zu besuchen, damit auch wir einmal vorwärts kommen. Darum, wachet auf aus eurem tiefen Schlaf, gehet frisch ans Werk, agitiert und werbet neue Mitglieder. Jeder muß seine Kraft einsetzen, jeder Verbandskollege muß in dieser Hinsicht seine Pflicht und Schuldigkeit als organisierter Kollege erfüllen, denn nur dann ist es uns möglich, bessere Zustände zu erringen.

Nannenburg. Die Holzschuhmacher von der Firma Zimmermann & Stöckner haben mancherlei unter der schändlichen Behandlung zu leiden, die ihnen zuteil wird, sie sind aber trotzdem schwer für die Organisation zu gewinnen. Wir haben uns schon öfters in unseren Versammlungen mit diesem Betrieb beschäftigt, aber das Verständnis für die Organisation ist deshalb schwer unter den Kollegen zu wecken,

weil die meisten von ihnen noch ein wenig Ackerwirtschaft besitzen und nun glauben, den Verband entbehren zu können. Immerhin war es der unermüdblichen Agitation gelungen, einigermaßen Boden in dem Betrieb zu fassen, so daß auch schon die Injzenierung einer Lohnbewegung in Aussicht genommen werden konnte. Da entstand unter den Kollegen aus persönlichen Gründen eine Differenz, die für den Bestand der Organisation in dem Betrieb verhängnisvoll wurde. Fünf Mann meldeten sich schriftlich ab und traten dem Schuhmacherverband bei, der sie trotz der dem entgegengesetzten Resolution mit offenen Armen aufnahm. Den Übergetretenen möchten wir empfehlen, nun wenigstens ihrer neuen Organisation treu zu bleiben.

Stettin. (Korbmacher.) Zwei hiesige Arbeitgeber haben schon vor circa sechs Wochen Seute gesucht auf Geschos-törbe und Mattarbeit. Soweit wir übersehen können, sollen hier im ganzen nur circa 800 Stück Drellinge angefertigt werden, wozu genügend Arbeitskräfte am Orte vorhanden sind. Infolge des fortwährenden Injzenierens haben sich viele Kollegen persönlich und schriftlich gemeldet, die aber nicht eingestellt wurden. Die hiesigen Arbeitsverhältnisse sind nicht die rosigsten. Wir haben noch mit einem Teil indifferenter Kollegen zu tun, speziell in der Werkstatt Fröbel. Auch ist hier ein großer Teil Kleinmeister, sogenannte Kellertrauter vorhanden, welche gerne bereit sind, ihren besser situierten Kollegen bei etwaigen Lohndifferenzen oder der Verlegenheit zu helfen. Außerdem möchten wir noch bemerken, daß zwischen den Arbeitgebern Vogt und Fröbel eine Vereinbarung besteht dahin, daß wenn ein Kollege mit dem Arbeitgeber in Differenzen gerät und auf-hören muß, derselbe von dem anderen nicht eingestellt wird. Was die Verhältnisse in der Umgegend anbetrifft, so ist zunächst Alt-damm zu nennen. Hier haben die Kollegen mit einem so schlechten Material zu arbeiten, daß sie kaum noch existieren können. Dasselbe Verhältnis herrscht in Greifenhagen. In Nipperwiese bekleidet sich der Kollege Hermann Dittmann, ein langjähriges Verbandsmitglied, jugendliche Arbeiter anzulernen, welche nachher zu ganz bedeutend niedrigem Lohnsatz arbeiten. Früher wurden dort 6 bis 8 Gesellen beschäftigt, jetzt keiner. Arbeitsuchende Kollegen messen sich an den Arbeitsnachweis, Preußischestraße 20, oder an den Branchenleiter G. Schneider, Heumarktstraße 1, wenden und bitten wir, das Umschauen zu unterlassen.

Swinemünde. Es ist schon wiederholt vorgekommen, daß auswärtige Kollegen durch einen Brief an den Meister um Arbeit anfragen, ohne die Lokalverwaltung in Anspruch zu nehmen. Wir machen deshalb darauf aufmerksam, daß es Pflicht der Kollegen ist, sich erst Erkundigungen bei der Lokalverwaltung einzuholen. Wir haben zum Beispiel die Grünbergische Werkstatt in Albeck. Da sind bisher 27 Wk. Lohn bezahlt worden, jetzt aber werden Abzüge gemacht, die sich die Kollegen nicht gefallen lassen wollen. Ein Kollege ist bereits entlassen worden, angeblich wegen Arbeitsmangel, ein anderer sollte weiterarbeiten, aber für weniger Lohn. Es ist in unserer letzten Versammlung beschlossen worden, diese Wude zu meiden, worauf wir auch die zureisenden Kollegen aufmerksam machen; jedenfalls sollte niemand unter 45 Pf. anfangen. Den hiesigen Kollegen ist zu empfehlen, die Versammlung besser zu besuchen und die noch fernstehenden der Organisation zuzuführen. Die nächste Versammlung findet am 2. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Dörge, Grünestraße, statt.

Unsere Lohnbewegung.

Warnung vor Bezug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zugang ist fernzuhalten von:
- Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Cöln:** f. r. de (Krudau und Holtorf), Eisenberg i. Sachsen-Altenburg, Gemelingen bei Bremen (Osenbrueck), Hohenholm bei Bromberg, Lauenburg i. Pomm., Mühl-dorf a. Im (Kempf & Geiger), Neu-Fsen-burg, Solingen, Wolfenbüttel (Kunst), Zürich (Waseret J. Kluber);
 - Tischlern, Stuhlbanern, Drechslern und Maschinenarbeitern nach Bahr i. Baden, Lauterberg a. Harz;**
 - Korbmachern nach Greifenhagen (Steinhöfel);**
 - Büchsenmachern nach Cöln (Stohmann);**
 - Stellmachern nach Dresden (Wagenfabrik Liebsher);**
 - Stockerarbeitern nach Grimma;**
 - Vergoldern nach Darmstadt, Budapest und Lipto-Malusina in Ungarn;**
 - Mobeltischlern und Mühlenbauern nach Blankenburg und Jorje i. Harz, Hamburg (F. A. Schule), Köln-Chrenfeld (Beizer Eisengereie und Maschinenfabrik), Sangerhausen (Barbarossawerk);**
 - Vergoldern und Rahmenschreibern nach Zürich.**

In Berlin haben die Rahmenvergolder infolge der fortwährend steigenden Lebensverhältnisse beschlossen, die sich ihnen bietende Geschäftskonzunktur zu einer Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse auszunutzen und Lohnforderungen an ihre Arbeitgeber zu stellen. Zugleich aber auch eine Verkürzung der Arbeitszeit zu fordern, da ein großer Teil der Kollegen das Jahr hindurch arbeitslos ist, weil sich die Rahmenvergolder immer mehr zum Saisongewerbe aus-wächst. Die Lohnbewegung wurde von der Verwaltung des Holzarbeiterverbandes unterstützt und durch Verhandlungen mit den Meistern ein günstiges Resultat erzielt und folgen-de vereinbart: Die am 1. Oktober 1907 bestehenden Löhne werden um 7 Prozent erhöht (gefordert waren 10 Prozent). Der Mindestlohn beträgt 65 Pf. pro Stunde (gefordert waren 70 Pf.). Tüchtige Arbeiter erhalten ihren Leistungen entsprechend einen höheren wie den Mindestlohn. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 51 Stunden (bisher 52). Wo eine kürzere Arbeitszeit besteht, bleibt dieselbe in Gültigkeit. Überstunden sind zu vermeiden. Das wären die wesentlichsten Zugeständnisse, die kleineren wollen wir des Raumes halber nicht besonders anführen. Nur fehlt uns noch die Anerkennung unseres Arbeitsnachweises von seiten

der Prinzipale. Dieser Tarifvertrag wurde auf zwei Jahre abgeschlossen und tritt mit dem 19. Oktober 1907 in Kraft und gilt bis zum 30. September 1909. Er gilt jeweils ein weiteres Jahr, wenn er nicht bis zum 31. August des Ablaufjahres gekündigt wird.

Alle aus dem Tarif entstehenden Differenzen werden durch eine aus 3 Meistern und 3 Gesellen gebildete Kommission entschieden. Abgeschlossen ist dieser Vertrag mit der Berliner Vergolderinnung und der ihr nicht angeschlossenen Vergoldermeistern einerseits und dem Deutschen Holzarbeiterverband andererseits.

Wie man sieht, sind die Zugeständnisse nicht unwesentlich, wenn die bestehenden Löhne um 7 Prozent erhöht, der Stundenlohn von 58 auf 65 Pf. gestiegen und die Arbeitszeit von 52 auf 51 Stunden herabgesetzt ist. Doch was die Hauptsache ist, ohne Streit! — Es gibt ja Kollegen, denen das nicht weit genug geht, die es lieber auf einen Kampf um die 10 Prozent Aufschlag, 70 Pf. Stundenlohn und die geforderte 49 1/2 stündige Arbeitszeit hätten ankommen lassen. Aber die Majorität der Kollegen war anderer Ansicht und sagte sich: „Wer langsam fährt, kommt auch zum Ziel.“ Und da sich das Gros der Meister verständlich und entgegenkommend zeigte, hatten auch wir keine Ursache, es um der Mehrforderung willen zum Kriege kommen zu lassen, denn es liegt uns mehr daran, wenn diese Abmachungen ehrlich gehalten werden, als wenn sie von der einen Seite als lästige Fessel empfunden werden, die man bei jeder passenden Gelegenheit durchbrechen möchte. Das Wesentlichste für uns liegt darin, daß der Mindestlohn auf 65 Pf. erhöht worden ist und nicht tüchtige Arbeiter, die in einem Betrieb einen höheren Lohn erreicht haben, beim Eintritt in einen anderen Betrieb mit 58 Pf. anfangen müssen. Die Berliner Rahmenvergolder sind auch im großen und ganzen mit dem Ausgang der Lohnbewegung zufrieden und haben dadurch mehr Vertrauen zum Holzarbeiterverband gefaßt, da sie gesehen haben, daß dieser ihre Interessen ebenso wie der Vergolderverband vertritt und es auch jedenfalls der machtvollen Organisation zuschreiben ist, daß diese Bewegung ohne großen Kampf verlaufen ist. Hoffentlich lernen unsere Rahmenvergolderkollegen allwärts aus dieser Bewegung. Nicht etwa, daß sie nun so viel wie möglich nach Berlin gestürzt kommen, denn hier ist deshalb noch lange kein Eldorado und die Arbeitskräfte reichen gegenwärtig auch noch zu, sondern daß sie sich dieses Vorgehen zum Vorbild nehmen und danach streben, ihre Lage bei geeigneter Zeit auch zu verbessern, die mindestens ebenso verbesserungsbedürftig wie die der Berliner Kollegen ist! Es braucht deshalb nicht immer gleich gestreift zu werden, wie man aus diesem Beispiel ersieht. Durch einiges, geschicktes Vorgehen zur rechten Zeit mit Hilfe der Organisation läßt sich oft mehr erreichen wie durch manchen Streit. Doch auch hierzu ist vor allem nötig, daß sich alle Kollegen der Organisation anschließen, pünktlich ihre Beiträge entrichten und in jeder Hinsicht ihre Pflicht und Schuldigkeit tun, dann spielt auch die Form der Organisation keine Rolle, wie man gesehen hat!

In Friedland, Bez. Breslau, ist die Lohnbewegung bei der Firma Schmidtgen beendet. Die Löhne der älteren Maschinenarbeiter sind von 16,50 auf 18 Mk. erhöht, die der in Lohn arbeitenden Tischler von 18 auf 20 Mk. Die Arbeitszeit wurde auf 59 1/2 Stunden verfürzt. An den Abenden vor den Feiertagen ist eine Stunde früher Feierabend. Außerdem wurden auch Zugeständnisse hinsichtlich der Errichtung einer Frühstücksstube und der Sicherung der Transmissionsen gemacht. In bezug auf Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung waren weitergehende Forderungen gestellt worden, und es wäre auch wohl möglich gewesen, etwas mehr zu erreichen; das geringe Interesse jedoch, welches die Kollegen der Bewegung entgegenbrachten, ließ es rasch erscheinen, sich mit dem Erreichten zufrieden zu geben.

In Gardelegen hat am 21. Oktober Herr Knopfabrikant Beutler in Firma Autonia, G. m. b. H., die Forderungen der Kollegen auf Erhöhung der Preise für Wulstknöpfe nach halbtägigem Streit bis zu drei Viertel der geforderten Höhe bewilligt. Die Kollegen akzeptierten dieses Angebot in der Erkenntnis, daß damit wieder ein Schritt zur Besserung der Verhältnisse bewirkt sei, die durch den jahrelangen gepflogenen Indifferenzismus der Kollegen so furchtbar darniedergebracht worden sind.

In Gremelingen bei Bremen sind bei der Firma Osenbrueck Differenzen ausgebrochen. Zugug von Tischlern und Maschinenarbeitern ist fernzuhalten.

In Kaiserlautern wollte die Firma Fr. Graf mit unserem Verband einen Tarifvertrag abschließen und die wöchentliche Arbeitszeit um 2 1/2 Stunden verkürzen, wenn die Sperre über ihren Betrieb aufgehoben wird. Der Arbeitgeber gegen die Arbeiter scharf zu machen. Herr Fobbe vom Schutzverband war zwei Tage hier und setzte eine Vertragsdauer fest, die absolut unannehmbar ist angesichts der wenigen Verbesserungen, die durch den Tarifvertrag eingeführt werden sollen. Die lange Vertragsdauer ist offensichtlich nur deswegen von Unternehmenseite erfolgt, um über das persönliche Zugeständnis von Graf, die Arbeitszeit zu verkürzen, hinwegzukommen. Graf muß nun den Preisbock abgeben, und trotzdem er schon sehr geschädigt ist, weil er keine Arbeiter bekommt, darf er nicht so ohne weiteres die Arbeitszeit verkürzen, weil sonst die anderen Unternehmer dasselbe machen müßten. Herr Fobbe gründete bei seinem Hiersein eine Ortsgruppe des Schutzverbandes. Nun mußten Mittel und Wege gefunden werden, um Graf aus der Klemme zu ziehen. Graf wollte sich wiederum an Lohnabzügen bereichern, weshalb eine Anzahl seiner Arbeiter kündigte. Nun hatte die Ortsgruppe der Unternehmer nichts Günstigeres zu tun, als ein Geheimzirkular an die Unternehmer herauszugeben, in dem sie eine Anzahl Kollegen mit Vor- und Zunamen sowie Geburtsdatum anführten, mit dem Ersuchen, diese Arbeiter nicht einzustellen. Die Unternehmer wollten also durch schwarze Listen die Arbeiter am freiwilligen Arbeiten, ohne daß ihnen der Staatsanwalt auf den Nacken steigt, wie es bei Arbeitern geschieht. Den Kollegen muß auch dieser Fall wieder zeigen, daß nur eine

starke Organisation dem Übermut der Unternehmer Einhalt gebieten kann.

In Leipzig hat die Lohnbewegung der Musikarbeiter bis jetzt für die Kollegen recht gute Erfolge gezeitigt. Die 53 stündige Arbeitszeit, Festlegung der Mindestlöhne für Tischler auf 52 Pf. und für Maschinenarbeiter auf 47 Pf. und der Zuschlag für Überstunden sind mit Ausnahme von zwei Betrieben allgemein anerkannt worden. Zu größeren Schwierigkeiten führten jedoch die Zuschläge zu den bestehenden Akkordpreisen. Nach Erklärungen der einzelnen Arbeitgeber hatte die Gruppe der Musikindustriellen im Arbeitgeberverband beschlossen, zunächst nur 2 bis 5 Prozent Aufschlag auf die Akkordpreise zu gewähren, wo weniger als 30 Mark pro Woche verdient würden. Die Arbeiterschaft lehnte dies Zugeständnis ab, und die Herren bequinten sich dann, nachdem es inzwischen in zwei Betrieben zur ArbeitsEinstellung kam, einen Aufschlag von 5 Prozent auf alle bestehenden Akkordpreise zu gewähren. Die Verhandlungen in den meisten Betrieben wurden jedoch auf der Grundlage der von unseren Kollegen ausgearbeiteten Akkordtarife gepflogen und haben auch in den meisten Fällen zur Einigung geführt. Bei den Zugeständnissen behaupteten stets die Arbeitgeber, sie könnten nicht weiter gehen, denn es seien dies Beschlüsse des Arbeitgeberschutzverbandes. Letzteres war jedoch nur eine plumpe und abschließliche Täuschung, darauf berechnet, die Arbeiterschaft einzuschüchtern. In Wirklichkeit liegt die Sache so, daß die sich so stark fühlenden Herren der Musikindustrie es sofort abgelehnt haben, mit den Verbandsleitungen zu verhandeln. Sie erklärten es ja schriftlich, daß bezüglich der Lohnbedingungen jeder in seinem eigenen Betrieb mit den Arbeitern dies regeln wolle. Dieser Herr-im-Haube-Standpunkt wurde jedoch treffend illustriert durch die Tatsache, daß die Herren unter sich ein Schutzbündnis abgeschlossen hatten, wonach sie sich schriftlich verpflichteten, daß keiner mehr bewilligen darf, als durch gemeinsame Beschlüsse festgelegt würde. Wie schon erwähnt, kam auf der Basis der Akkordpreissetzungen in den meisten Betrieben eine Einigung zustande, so daß für über 1000 Kollegen die Differenzen als erledigt zu betrachten sind. In drei Betrieben müssen noch weitere Verhandlungen geführt werden. Der besonderen Erledigung harret auch noch die Bewegung in der Werkfirma des Kommerzienrates Julius Blüthner mit etwa 500 beschäftigten Holzarbeitern der Pianofortbranche. Es verlohnt sich schon im Interesse der Klavierbranche Deutschlands, auf die Verhältnisse in diesem Betriebe etwas ausführlicher einzugehen. Trotz zehnjähriger ununterbrochener Agitationsarbeit war es der Organisation nicht möglich, dort festen Fuß zu fassen. Der Unternehmer hatte es verstanden, durch Jubiläumstagen und Unterstüßungsleistungen, sowie Bildung eines besonderen Gesangsvereins, verbunden mit einem weitläufigen Kontroll- und Aufsichtssystem das Vertrauen der Kollegen zu einander völlig zu untergraben. Gute, brave Mitglieder, welche vorher in der Organisation sich betätigten, gingen in diesen Betrieben für die Organisation völlig verloren. Der Glaube, daß auch Herr Blüthner aus reiner Humanität, wenn es nötig sei, eine wirtschaftliche Aufbesserung der Löhne herbeiführen würde, stand bei der übergroßen Mehrzahl der Arbeiter fest. War doch selbst Herr Blüthner stolz darauf, daß seine Arbeiter als Kommerzienratensarbeiter einen besonderen Ruf beim Publikum genießen. Er hatte es ja sehr billig, wurde doch immer die Meinung verbreitet, daß in dieser Firma die Lohnbedingungen besonders gute seien. Dies trifft jedoch nur teilweise zu, und hat die Entlohnung absolut keinen Schritt gehalten mit der Verbesserung in anderen Berufen, und vor allen Dingen war trotz den in letzten Jahren enorm gesteigerten Lebensmittelpreisen nicht ein Pfennig Lohnerhöhung aufzuweisen. Die Arbeiterschaft der Firma wagte es daher im Glauben an die „Güte“ ihres Herrn, denselben im Juni dieses Jahres durch besondere Blattschriften auf die Dinge aufmerksam zu machen und gleichzeitig um die Erhöhung der Akkordsätze um 10 bis 25 Prozent zu ersuchen. Hier setzte die Entlohnung der Kollegen erstmalig ein, nämlich Herr Blüthner legte diese Sache einfach ad acta! Um jedoch zu zeigen, daß er die wirtschaftlichen Interessen für sich besser ausmittle und von der Harmonie, nach dabei, wenn es etwas Besonderes kostet, nichts wissen wolle, trat der Herr dem Arbeitgeberschutzverband als Mitglied bei. Stillschweigend wurden dann in einigen Branchen einige geringe Aufbesserungen gewährt, welche jedoch diese Branchen sowohl wie auch die allgemeine Arbeiterschaft nicht befriedigen konnten. Auf einmal kam wie Wetterleuchten der Gedanke unter die Kollegen, wir müssen uns organisieren, und siehe da, in wenigen Wochen war die stattliche Zahl von 300 Mitgliedern erreicht. Anfangs August beschäftigte sich nunmehr eine stark besuchte Fabrikversammlung mit dem Verhalten der Firma, und es wurde beschlossen, folgende allgemeine Forderungen der Firma zu unterbreiten: 1. Erhöhung des wöchentlichen Kostgelbes von 15 auf 25 Mk.; 2. ein Aufschlag von 10 Prozent auf alle bestehenden Lohn- und Akkordsätze. Eine aus allen Branchen ernannte Kommission unterbreitete die Forderungen der Firma und begründete dieselben ausführlich in einer gut ausgearbeiteten schriftlichen Eingabe. Auf diese Eingabe erhielt die Kommission keine Antwort, sondern Herr Blüthner legte dieselbe wiederum ad acta! Jetzt fiel auch der letzte Schimmer bei den Kollegen, welche glaubten, durch die Güte des „Herrn“ sei noch etwas zu erwarten. Die Organisationsleitung wurde daraufhin beauftragt, sich mit Herrn Blüthner zwecks Erledigung der Forderungen in Verbindung zu setzen. Auf ein diesbezügliches Schreiben erfolgte ein ablehnender Bescheid seitens der Firma mit dem Hinweis, sie wollten selbst mit ihren Arbeitern verhandeln. Das Fortschreiten der Organisation sollte verhindert werden durch Maßregelungen. Ein 34 Jahre im Betrieb beschäftigter Arbeiter wurde aus diesem Grunde entlassen. Die Kollegen forderten jedoch sofort die Wiedereinstellung, und nach einer Verhandlung des Bevollmächtigten mit Herrn Blüthner wurde der Kollege wieder eingestellt. Auch versprach hierbei Herr Blüthner, mit der Kommission über die Lohnforderungen weiter zu beraten. Bei diesem Versprechen ist es jedoch geblieben. Endlich war aber auch die Geduld der Arbeiterschaft zu Ende. Am 22. Oktober beschlossen die Arbeiter in der Fabrikversammlung, an den Forderungen festzuhalten und eventuell durch Arbeitsniederlegung die Durchsührung derselben herbeizuführen. Nochmals wurde Herrn Blüthner bis 25. Ok-

tober Zeit gelassen, um bis zu diesem Termin die Verhandlungen zu beenden. Die Organisationsleitung wurde sofort am 23. Oktober früh bei Blüthner vorstellig, unterbreitete dabei den gefaßten Beschluß und ersuchte um Bescheinigung der Verhandlungen. In Gegenwart der weiteren Geschäftsleitung und der Kommission der Arbeiterschaft versprach dies auch Herr Blüthner, ja er machte sogar zu dem Inspektor die Bemerkung, er solle sofort ein Zimmer herrichten lassen, wo die Verhandlungen der einzelnen Branchen stattfinden sollten; gehalten wurde dies Versprechen auch nicht. Man nahm den Kommissionsmitgliedern einfach ihre aufgestellten Akkordtarife ab, um dann am Freitag kurz vor Arbeitsluß folgenden Aktus zu verkünden.

Beschluß.

Nach erfolgter Prüfung der eingereichten Lohnforderungen sind dieselben teilweise als ganz ungerechtfertigt, beziehungsweise als viel zu hoch befunden worden. Die Firma Julius Blüthner hat beschlossen, bei den Tischler- und Instrumentenmacherbranchen ab 1. Oktober 1907 bis auf weiteres auf die vor dem 1. Juli 1907 gültig gewesenen Lohn- und Akkordätze einen Zuschlag von 5 Prozent zu gewähren. Dieser Zuschlag von 5 Prozent wird bei Lohnabrechnungen auf die gesamte Lohnsumme geschlagen.

Im übrigen sollen in Lohnsachen die vom Arbeitgeberschutzverband gefaßten Beschlüsse maßgebend sein.

Leipzig den 25. Oktober 1907. Julius Blüthner.
Diese Antwort in Verbindung mit den gleichzeitigen Maßnahmen, daß den Lohn- und Akkordarbeitern die vorher gewährten Zulagen an diesem Rahltag wieder gekürzt wurden und nun erst am Vierteljahrsschlusse mit ausbezahlt werden sollten, schlug dem Faß den Boden aus. Die Regelung der Akkordätze war damit abgelehnt und sollte ein sogenanntes Prämien-System Platz greifen, damit hatte es die Betriebsleiter völlig in der Hand, unliebsam gewordene Arbeiter zu maßregeln. Auch die Bemerkung „bis auf weiteres“ gab dem Unternehmer freies Verfügungsrecht, etwas zu gewähren oder nicht. Herr Blüthner erklärte weiter, er wolle es ähnlich einrichten wie in der Firma Krupp in Essen; also alles deutete auf eine völlige Rechtslosmachung der Arbeiterschaft hin. In der sofort einberufenen Fabrikversammlung kam die Empörung über die Behandlung, welche Herr Blüthner nicht nur der Kommission, sondern der Gesamtarbeiterschaft zuteil werden ließ, auf das lebhafteste zum Ausdruck. Bis dann bis Samstag vormittag 1/11 Uhr ein befriedigendes Resultat nicht zu erzielen war und Herr Blüthner sich auch zu weiteren Zugeständnissen nicht bereit erklärte, erfolgte seitens der Holzarbeiterbranchen die Arbeitsniederlegung. In der darauf stattgefundenen ersten Streikversammlung konnte festgestellt werden, daß die maßgebenden Branchen einmütig die Arbeit niedergelegt hatten. Etwa 480 Kollegen sind anständig, 20 bis 25 meist ältere Kollegen sind, vereinzelt auch mit Zustimmung der Kommission, stehen geblieben. Die Stimmung ist eine zuverfichtliche. Die Unternehmer drohen mit einer allgemeinen Aussperrung, um die Kollegen zu zwingen, sich den Zugeständnissen des Herrn Blüthner zu unterwerfen. Die Arbeiter sind jedoch der Meinung, diese Werkfirma kann ohne besonderen Schaden die bestehenden Forderungen bewilligen. Die Kollegen Leipzigs sehen der weiteren Entwicklung der Dinge mit Ruhe entgegen, sie erwarten jedoch, daß die Kollegen und Verwaltungen allerorts den Arbeitsangeboten von Instrumentenmachern, Tischlern usw. nach Leipzig die größte Beachtung schenken. Alle sachdienlichen Mitteilungen sind sofort an die Geschäftsstelle, Zeigerstraße 32 II, Volkshaus, zu richten.

Die Bewegung der Wilderrahmentischler und Vergolder ist mit vollem Erfolg für die Kollegen beendet. Erreicht wurde 53 stündige Arbeitszeit, Festlegung der Mindestlöhne auf 53 Pf., Erhöhung der Akkordpreise und 5 Prozent Zuschlag für die Lohnarbeiter, welche 50 Pf. Stundenlohn und mehr bezogen.

In Solingen haben die Schreinermeister abermals erneute Hilfe wenigstens zugesagt bekommen. Nachdem schon von mehreren Wochen der Arbeitgeberbund für das Bauwesen von Rheinland und Westfalen den Schreinermeistern laienhaftige Hilfe zugesagt und neuerdings auch der Arbeitgeberschutzverband für das Tischlergewerbe und der Holzindustriellen den bedrängten Meistern zu Hilfe eilte, sind neuerdings zur weiteren Unterstützung der letzteren der Bauwerkmeisterverein des oberen Kreises Solingen sowie die „Holzhändlervereinigung“ auf dem Platze erschienen. Vom „Bauwerkmeisterverein“ wurde beschlossen, an diejenigen Schreinermeister, welche die Forderungen der Gehilfen bewilligt haben oder noch bewilligen werden, bis zum Jahre 1910 keine Arbeiten mehr zu vergeben. Die „Holzhändlervereinigung“ will dieselben Meister ersuchen und bewegen, bis zum 23. Oktober die bereits gegebene Anerkennung der Gehilfen zurückzuziehen, und hofft, daß dieses gelingen wird. Falls dieses nicht der Fall, soll die vollständige Materialsperrung in durchgreifender Weise verhängt werden. Wenn dieser Terrorismus der Herren Bauunternehmer und Holzhändler nicht zieht, zieht gar nichts mehr. Auf diejenigen Meister, welche bewilligt haben, wird mit Hochdruck gearbeitet, um sie zur Zurücknahme der Zugeständnisse zu bewegen; bisher haben die Herren kein Blick gehabt. Warten wir ab, ob sie in der angedrohten Ausübung ihres Terrorismus mehr Erfolge haben. Die Streikenden sind bisher noch guten Mutes ob ihres endgültigen Sieges.

In Wolfenbüttel verlangte die Firma W. Knust, Holzmöbelfabrik, daß jetzt wieder in Akkord gearbeitet werden müßte. Firma ein Jahr ging es ohne Akkord, und jetzt heißt es, das interesselose Arbeiten muß aufhören. Mit der Einführung der Akkordarbeit würde aber das frühere Verhältnis wieder eingeführt, wo die Kollegen nie auf ihren Lohn kamen. Nachdem eine viergliedrige Kommission vorgeschlagen wurde, die Sicherung des Lohnes bei Akkordarbeit zu erreichen, blieb den Kollegen kein anderer Ausweg, als die Kündigung einzureichen. Dieselbe läuft am 28. Oktober ab. Herr Knust verlangt, daß genau so vorteilhaft gearbeitet wird wie in den Spezialmöbelfabriken der Großstädte, aber Einrichtungen, die dieses ermöglichen, fehlen natürlich, und zu allen Vorschlägen der Kommission verhält sich Herr Knust ablehnend. Für ihn gilt der Grundsatz, es muß im Akkord gearbeitet werden, aber ohne Garantie des Lohnes, denn ich habe interesseloses arbeitende Leute. Eine sichere Akkordvereinbarung ist jedoch ausgeschlossen, denn erstens

kann derjenige, welcher Akord vereinbaren will, den nach seiner Meinung gerechten Preis nicht erreichen, da nach Ansicht des Herrn Knust der Akord stets höher angegeben wird, als verantwortet werden kann. Zweitens fehlt es an allen Götzen und Kanten an den nötigen Hilfsmitteln, und so wie's zu Großvaters Zeiten war, soll's auch bleiben. Herr Knust glaubte Erfolg zu haben, wenn er seinen Leuten den Rat gab: „Treten Sie doch aus dem Verband aus, dann können Sie ja handeln, wie Sie wollen.“ Die richtige Antwort ist ihm aber geworden, denn es ließ sich keiner überreden. Unsere Kollegen werden im Interesse ihrer Zukunft daran festhalten, nur ein Arbeitsverhältnis zu erlangen, was ihnen auch den Lohn für geleistete Arbeit sichert. Darum, Kollegen allerorts, meidet Wolfenbüttel und sorgt dafür, daß die Firma ihre Arbeiten nach Zeichnung in anderen Städten nicht angefertigt bekommt.

Ausland.

In Genua führen, wie uns von dort berichtet wird, die Tischler seit etwa zwei Monaten einen erbitterten Kampf gegen die Unternehmer. Diese haben die Streikenden jetzt aufgefordert, die Arbeit aufzunehmen, widrigenfalls sie sich als entlassen zu betrachten haben. Aber auch diese Aufforderung hat den Zusammenhalt der Kollegen nicht zu erschüttern vermocht. Auch in Novara stehen die Holzarbeiter seit einem Monat geschlossen im Ausstand.

Aus der Holzindustrie.

Die Kämpfe in der Korkeindustrie im Jahre 1906.

Die „Korkeindustrie-Zeitung“ beschäftigt sich in einer ihrer letzten Nummern mit den „Wirtschaftlichen Kämpfen in der Korkeindustrie im Jahre 1906“, deren sie nach der amtlichen Streitstatistik drei anzuführen weiß: den Streik in Maschau, den Streik in Delmenhorst und den Streik in der Korkefabrik in Düsseldorf. An diesen Streiks sind nach der amtlichen Statistik insgesamt 165 Arbeiter beteiligt gewesen, die amtliche Statistik gibt aber in diesem Falle wie in so vielen anderen Fällen ein nur unvollständiges Bild der Kampfbetätigung der Korkearbeiter im letzten Jahre, was wir zu Nutz und Frommen auch der Korkeindustriellen in folgendem kurz erweisen wollen.

Von dem Streik von 18 Arbeitern in der Korkefabrik in Düsseldorf, an dem unser Verband nicht beteiligt war, abgesehen, sind nämlich mit Hilfe unserer Organisation im letzten Jahre in der Korkeindustrie nicht weniger denn 6 wirtschaftliche Kämpfe geführt worden, und zwar:

Angriffstreik	Dauer in Wochen	Beteiligte	Verletzte
in Schwerin	10	1	18
„ Delmenhorst*	2	1	9
„ Maschau	4	1	147
Aussperrung			
in Breslau	?	1	6
Bewegung ohne Streit			
in Breslau	—	1	48
„ Hamburg	—	1	8
Insgesamt 6 Bewegungen in	—	6	221
* In Delmenhorst bewilligten vor dem Streik	—	14	181
Summa 6 Bewegungen in	—	20	352

Diese Zusammenstellung bietet doch ein erheblich anderes Bild, als es von der amtlichen Streitstatistik und der „Korkeindustrie-Zeitung“ über die wirtschaftlichen Kämpfe der Korkearbeiter im Jahre 1906 gegeben wird. Berücksichtigt man, daß im Durchschnitt des letzten Jahres rund 400 Korkearbeiter dem Holzarbeiterverband als Mitglieder angehörten, so würde durch unsere Zusammenstellung nachgewiesen, daß in diesem Jahre nahezu jeder organisierte Korkearbeiterkollege durch unseren Verband in die Lage gesetzt worden wäre, zwecks Verbesserung seiner Lebenslage in eine Bewegung einzutreten. Wie es denn ja von jeher Grundgedanke unseres Verbandes war, in erster Linie den schlechtestgestellten Kollegen bei Erhaltung günstigerer Lohnbedingungen behilflich zu sein und zu diesem Zwecke stets außerordentliche Mittel bereitzustellen.

In diesem Sinne, darüber mögen sich die Korkeindustriellen beruhigen, wird auch künftig der Verband wirken, und er wird in den nächsten Jahren je mehr für Besserung der geradezu elenden Lage der Korkearbeiter tätig sein, je mehr durch Beitritt der Korkearbeiterkollegen zur Organisation sein Einfluß im Beruf wächst. Die Korkeindustriellen werden deshalb künftig noch recht oft Gelegenheit haben, entweder begründete Forderungen der Arbeiter zu bewilligen oder aber die Macht der Organisation, des Deutschen Holzarbeiterverbandes, bei Streikbewegungen der Korkearbeiter kennen zu lernen.

Ein Verband der Bithermacher von Markneukirchen und Umgegend ist kürzlich gegründet worden. Der Verband soll Hand in Hand mit den Markneukirchner Großhändlern und Zwischenhändlern neue Verkaufspreise sowohl für das Markneukirchner Geschäft als auch für das Geschäft nach auswärts festsetzen, um der ewigen Preisdrückerei und Schmuckkonkurrenz entgegenzuwirken.

Verband Musikinstrumentenfabrikanten, Ein Markneukirchner. Zum Überflus haben sich nunmehr auch die Musikinstrumentenfabrikanten zu einem Verband zusammengeschlossen. Die Beweggründe zu dieser Organisation liegen klar zutage. Wenn auch versucht wird, diesem Verband eine arbeiterfreundliche Tendenz anzubilden, so kann man doch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß er sich in erster Linie gegen die Arbeiter richtet. Infolge der höheren Arbeitslöhne, der kürzeren Arbeitszeit, des zurzeit herrschenden Arbeitermangels (alles Erscheinungen, die auf das kräftige Eingreifen der Gewerkschaften wie auf die Konkurrenz der amerikanischen Fabrik zurückzuführen sind) und der enorm teuren Preise für alle Rohmaterialien seien die Fabrikanten außerstande, Waren in guter Quali-

tät zu den bisherigen Preisen zu liefern, heißt es in einer offiziellen Preisäußerung des Fabrikantenverbandes. Deshalb soll der Verband hier helfend eingreifen. Zunächst durch Erhöhung der Preise, dann aber wohl durch den organisierten Druck der Fabrikanten auf die Arbeiter. Das ist bei den Unternehmern immer der Weisheit letzter Schluss, wenn sie sich organisatorisch betätigen. Mögen die Arbeiter bei Zeiten die Gefahr erkennen, die sich ihnen hier in der Fabrikantenorganisation aufstut, und mögen sie deshalb ihre Organisation, den Deutschen Holzarbeiterverband, bei Zeiten kräftigen.

In Schweden bestanden nach amtlichen Ermittlungen im Jahre 1905 52 Fabriken, die sich mit der Herstellung von Musikinstrumenten befassen. Diese Betriebe beschäftigten insgesamt 749 Arbeiter und erzielten eine Gesamtproduktion im Werte von 2246 182 Kronen. Es handelt sich bei diesen Betrieben vorwiegend um Kleinbetriebe, denn nur 9 Betriebe arbeiteten mit Dampfmaschinen mit zusammen 78 Pferdekraften, 11 mit Gas- und Petroleummotoren mit zusammen 89 Pferdekraften und 15 mit Elektromotoren.

Ein Nachspiel zum internationalen Holzarbeiterkongress. In dem Bericht vom internationalen Holzarbeiterkongress, den wir in Nr. 34 der „Holzarbeiter-Zeitung“ gegeben haben, findet sich in der Wiedergabe einer Rede des Kollegen Arbogast-Paris folgende Stelle: „Hat doch der Deutsche sozialistische Bessklub in Paris es abgelehnt, seine Mitglieder, die Holzarbeiter sind, der Gewerkschaft zuzuführen, mit der Begründung, daß diese anarchisch sei.“ Diese Stelle hat den Widerspruch des erwähnten Bessklubs hervorgerufen, dessen Vorsitzender in einem an uns gerichteten Schreiben die Richtigkeit dieser Behauptung auf das Entschiedenste bestritt und im Gegenteil darauf hinweist, daß bei der allmonatlichen Aufnahme neuer Mitglieder jedes neue Mitglied in aller Form aufgefordert wird, ungesäumt auch seinen Beitritt zu dem Syndikat seines Berufes zu erklären.

Wir haben nun den Kollegen Arbogast um eine Erklärung gebeten, worauf uns dieser bekräftigt, daß er auf dem Kongress erklärt habe, daß es eine Zeit gab, wo der Deutsche sozialistische Bessklub sich im Gegensatz zu unserer Gewerkschaft befand, aber gegenwärtig hat sich das geändert. Die Ansicht, der jetzigen Zeitung des Deutschen sozialistischen Bessklubs zu nahe zu treten, hat der Kollege Arbogast um so weniger gehabt, als dessen gegenwärtiger Vorsitzender zu der Zeit, als die Vorgänge spielten, welche er im Auge hatte, noch nicht im Amte war.

Wir können dem hinzufügen, daß die Ausführungen des Kollegen Arbogast auf dem Kongress tatsächlich in dem von ihm wiedergegebenen Sinne gehalten waren, wie sich auch aus dem offiziellen Protokoll ergibt. Daß der Nachs, der eine Änderung in dem geringsten Verhalten des Bessklubs konstatiert, in dem Bericht der „Holzarbeiter-Zeitung“ fehlt, ist lediglich auf das Bestreben zurückzuführen, diesen Bericht so knapp als möglich zu halten.

Gewerkschaftliches.

Christliche Lügenbeutel. Nach dem Provinzialstädtchen Mindelheim in Bayern kam dieser Tage ein christlicher Agitator und hielt vor ein paar christlichen Arbeitern einen Vortrag, worin er sagte, daß die freien Gewerkschaften heutzutage gar keine Bedeutung mehr hätten, während die Mitgliederzahl der christlichen Gewerkschaften auf zwei Millionen anwachsen sei. Der Lügenbeutel hat im Bewußtsein der Unerschaffenheit seiner Zuhörer die Statistik einfach zugunsten der Christlichen umgelogen.

Wie an anderer Stelle dieser Zeitung ausgeführt wird, verschmähen zuzeiten auch die Beamten des Christlichen Holzarbeiterverbandes es nicht, mit den Erfolgen der freien Gewerkschaften zu prahlen.

Kein christlicher Terrorismus! In Revelaer kam es im Sommer dieses Jahres anlässlich eines Bauarbeiterstreiks zu schweren Verletzungen christlich organisierter Arbeiter. In der Nacht vom 31. Mai zum 1. Juni wurden an dem Neubau des Bldg mehrere, an dem die ganze Anzahl Arbeitswilliger beschlagnahmt, die Seite des Gerichts durchschritten. Am nächsten Vormittag bemerkte man — ein Arbeiter war schon hinausgeschickten — an dem Schaufeln des Gerichts, daß die Sache nicht stimmte. Bei näherer Untersuchung stellte sich heraus, daß geplant war, die Streikbrecher in die Tiefe stürzen zu lassen, nur durch Zufall wurde das verhindert. Man vermutete sofort unter den Streikenden die Täter, und schon am 3. Juni wurden zwei derselben, die Gebrüder Decker, verhaftet. Sie gestanden die Tat ein und behaupteten, zu derselben von dem christlichen Gewerkschaftsbeamten Schwarz aus Krefeld, ihrem Streikführer, angestiftet worden zu sein. Daraufhin wurde Schwarz auch verhaftet, aber nachdem er 9 Wochen in Untersuchungshaft zugebracht, wieder entlassen, während man die beiden in Haft behielt. Vor dem Schwurgericht, vor dem sich die Gebrüder Decker und Schwarz zu verantworten hatten, wurden erstere zu vier respektive zwei Monaten Gefängnis verurteilt, letzterer, der, wie auch vom Gericht festgestellt wurde, in der ganzen Sache eine mehr als zweifelhafte Rolle gespielt hatte, wurde freigesprochen.

Christlicher Terrorismus ist das nicht, was die Herren Decker und Konforten hier begangen haben, darin geben wir den christlichen Gewerkschaften recht, das ist schon weit mehr.

Die „Graphische Presse“ fungiert vom 1. Oktober an auch als Organ des Verbandes der Feinmischer, die bisher die „Graveur-Zeitung“ benutzten, welche aber ihr Erscheinen durch den Übertritt zum Metallarbeiterverband einstellte. Ansehend wird auch der baldige Übertritt zum Verband der Lithographen und Steinbrucker erfolgen; die Vorbereitungen dazu werden eifrig betrieben.

Polizeiliches und Gerichtliches.

„Christliches Wirken an der Wasserkante.“

Dem „Hamburger Echo“ entnehmen wir folgenden Gerichtsbericht: Zu den Leuten, die nur Hammer, aber nicht Amboss spielen wollen, gehört der Vorsitzende des Christlichen Holzarbeiterverbandes in Hamburg,

Herr Bernhard Wullen, der, obwohl er äußerst aggressiv ist gegen seine „roten Holzgenossen“, eine geradezu mimosenhafte Empfindlichkeit besitzt, wenn die herausgeforderte Gegenseite zurückschleift. Herr Wullen ist weiterhin bekannt geworden durch den großen Werkstattprozess, der am 30. April und 1. Mai d. J. die Strafkammer IV des Landgerichts Hamburg beschäftigte und bekanntlich mit der Freisprechung der 18 Angeklagten endete, die ihn aus der Werkstatt „herausterrorisiert“ und sich dadurch des Vergehens gegen die Gewerbeordnung schuldig gemacht haben sollten. In der damaligen Verhandlung wurde auf mehrere äußerst provozierende Artikel des Wullen hingewiesen, die er im Verbandsorgan der christlichen Holzarbeiter, dem in Köln erscheinenden „Deutschen Holzarbeiter“, veröffentlicht hatte. Wir sagen „hatte“, denn auf die Frage des Verteidigers Dr. Herz, ob er der Verfasser der nicht von christlicher Nächstenliebe zeugenden Artikel sei, verweigerte der Zeuge Wullen die Antwort. Die Artikel des Wullen sind in den Nummern 30, 31 und 44 des „Holzarbeiter“ erschienen. Der Artikel in Nummer 30 behandelt Differenzen zwischen „roten“ und „christlichen“ Holzarbeitern in Oldesloe und wirft den „Genossen“ „Arbeiterverrat“ und „Brutalität“ vor. Dieser Bruder in Christo führt eine Sprache, von der einige Stellen wiedergegeben seien: „Doch die Genossen wissen, wie sie sich blamieren haben. Sie, die uns des Arbeiterverrats bezichtigt haben, krochen weh und demütig wieder in die Bude hinein, und dies ohne ihre Führer, die vorher für sie eingetreten, aber nicht wieder eingestellt wurden. Ein Arbeiterverrat im vollsten Sinne des Wortes.“ Der Artikel in Nummer 31 ist betitelt: „Moderne Tyrannen.“ In der Einleitung heißt es: „Alle Menschen werden Brüder.“ Unwillkürlich wird man an diese Worte Schillers im Liede an die Freude erinnert, wenn man die Laten der Holzgenossen in Hamburg betrachtet. Selbst die Widmung der „Holzarbeiter-Zeitung“ gelegentlich der Schillerfeier im vergangenen Jahre hat die Tyrannei der Genossen nicht brechen können.“ Dann schildert er die Schandtat der roten Genossen, die Wullen aus einer Werkstatt hinausdrängen wollten und, als der Arbeiter nicht nachgab, die Arbeit einstellen. „Mit langen Gesichtern, weh- und demütig bettelten sich nun die müdigen „Genossen“ anderntags beim Arbeitgeber wieder an. — Das sind die Geldtanten der sozialdemokratischen Freiheitsprediger Hamburgs, denen sich noch eine ganze Serie hier nicht erwähnter Schandtat anschließt.“ Der dritte Artikel trägt die Firma: „Der rote Schrecken.“ Der Eingang lautet: „Daß unser Verband wie im ganzen Norden so auch in Hamburg nicht verkennbare Fortschritte macht, läßt die patentierten Arbeitervertreter vater Couleur nicht zur Ruhe kommen. Das bis dato in deren Reihen propagierte Wort: „Wißt du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein.“ scheint, nachdem die strafende Justiz zu wiederholten Malen den freihändig gestimmten sozialdemokratischen Holzverwandlern den ihnen zustehenden Lohn für berartige brüderlicher Liebe judizierte, dahin eine Änderung erfahren zu haben, daß man oben zitiertes Wort verbesserte: „Wißt du nicht mein Bruder sein, das Hungertuch, es wartet dein.“ In diesem Artikel wird behauptet, ein christlicher Verbändler, Familienvater, sei von den Freiheit predigenden Genossen aus der Arbeit gemahregelt worden. Bezeichnend für den Arbeitgeber ist es, daß er unserem Kollegen gegenüber äußerte: „Treten Sie doch in den anderen Verband, die Leute wollen sonst nicht mit Ihnen zusammenarbeiten. Ich habe schon mit Herrn Stolten über die Sache gesprochen, der meinte auch, daß ich Sie sonst entlassen solle.“ Dieser Arbeitgeber, und nicht dieser allein, ist also mehr „Genosse“ als die „Genossen“ selbst. Nach weiteren heftigen Ausfällen auf die „elenden, scharfmacherischen Aussperrungsgelüste der Holzgenossen“ seht Herr Wullen sich selbst die Märtyrerkrone auf, indem er behauptet, auf Betreiben der „Holzgenossen“ aus drei Werkstätten entlassen worden zu sein, sagt er: „Die christlich organisierten Holzarbeiter, sie werden sich fester wie je an ihre Organisation halten, und deren sind es nicht wenige, die ihrer Überzeugung nach zu uns gehören, sie werden es einsehen, daß jeder Pfennig, den sie dort zahlen, zum Henters Lohn und sie selbst zum Henters Lohn recht jeder persönlichen Freiheit und Abregung werden.“ Am Schlusse steht die bezeichnende Herausforderung: „Ob die „Holzarbeiter-Zeitung“, die für die Verurteilung solcher Geldtanten ihrer Schützlinge sonst keinen Raum hat, auch diesmal schweigen wird?“

Diesmal schweig die herausgeforderte „Holzarbeiter-Zeitung“ nicht, sondern erteile in ihrer Nummer vom 15. Dezember 1906 Herrn Wullen Antwort, welche den Titel trägt: „Christliches Wirken an der Wasserkante.“ Dieser Artikel weist auf die Stellung der „Holzarbeiter-Zeitung“ hin, die stets den Terrorismus in jeder Form bekämpft, was auch von der christlichen Presse anerkannt werde. Das Vorgehen gegen die fünf christlichen Verbändler in Oldesloe sei gemißbilligt worden und der Verband habe jede Unterstützung der Ausständigen abgelehnt. „Wir billigen es eben nicht, daß unsere Mitglieder gegen ihre Arbeitsgenossen in dieser Weise vorgehen, trotzdem uns gegenüber tagtäglich der größte Terrorismus angewandt wird. Zu allererst hätten ja unsere vom Christentum tiefenden Nachkollegen Ursache, sich moralisch zu unterstützen, denn eine größere Unzulässigkeit und Intoleranz, wie in jenem Lager herrscht, ist doch nirgends zu finden.“ Es werden dann die von Wullen erwähnten „Terrorismen“ unter die Lupe genommen, dessen Streikbrecher er vermittelt hätte hervorgehoben und gesagt, Herr Wullen habe vergessen, seinen Mitarbeitern am Akord den verdienten Restlohn auszusahlen. Von einer christlichen Teilung des gemeinsamen verdienten Akordüberschusses habe Herr Wullen nichts wissen wollen. Wullen habe auch die Staatsanwaltschaft zum Einschreiten gegen die „Terroristen“ veranlassen wollen, sei aber mit seinem freundlichen Bemühen abgeblieben. Dann werden die nächsten Elemente im allgemeinen unter die Lupe genommen und zum Schlusse wird erklärt: „Wenn aber solche abweichende Meinungen zum offenen Verrat und zum Verrat des organisierten Streikbruchs führen, und wenn ferner die Träger solcher „Ideen“ sich gegen ihre Mitarbeiter betrügerischer Manipulationen usw. schuldig machen, dann werden wir auch in Zukunft auf solche Gesellschaft verzichten.“

Diese Antwort konvenierte Herrn Bullen aber nicht, denn er lief zum Rabi und verklagte den Verantwortlichen der „Holzarbeiter-Zeitung“, Genossen Weinhardt, wegen Beleidigung. Die Verhandlung fand vor dem Schöffengericht I (Amtsrichter Dr. Hansen) statt. Dem Privatkläger stand Rechtsanwalt Treplin zur Seite, der Beklagte wurde von Dr. Herz verteidigt.

Der Vorsitzende regt einen Vergleich an, bemerkend, daß der Privatkläger sich recht scharfer Ausdrücke bedient habe, so daß es zu verstehen sei, daß die angegriffene Seite in ebenfalls scharfer Weise geantwortet habe. Von Dr. Herz befragt, ob er nicht eine Zeilang außer der christlichen nicht auch der sogenannten sozialdemokratischen Organisation angehört habe, gibt Bullen dies zu. Der Vorwurf der betrügerischen Manipulationen und die daran geknüpften Ausdrücke werden, da zivilrechtlich die Sache zweifelhaft liegen könne, vom Beklagten zurückgenommen. Auf dieser Basis kommt ein Vergleich zustande, von dem aber die in dem inkriminierten Artikel enthaltene Beleidigung des Streikbruchs nicht berührt wird.

Eingefandt.
Arbeitsnachweise respektive Anknüpfungsteilung in der Vergolderbranche.

Berlin. Bureau des Holzarbeiterverbandes, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
 Brandenburg a. S. Otto Genth, Mühlenstr. 14a.
 Breslau. Fritz Peter, Hohenzollernstr. 8.
 Burg b. Magdeb. Otto Gercke, Koloniestr. 96.
 Dresden. A. Karl Sauter, Rittenbergerstr. 2.
 Düsseldorf a. Rh. G. Selling, Lessingstr. 31 III.
 Frankfurt a. M. Friedrich Albrecht, Seibnistr. 82 II.
 Fürth. Fritz Bratenstein, Gustavstr. 9 II.
 Gelsenkirchen. Simon Frozath, Ringstr. 85 II.
 Guben. Max Braun, Osterberg 86.
 Hamburg. Gustav Schmidt, Friedensallee 249a.
 Kiel. Feinr. Sievers, Stadtfeldkamp 21.
 Köln a. Rh. Stephan Dahme, Mauritiuswall 58.
 Lauchringen. Jos. Gehinger in Burgheim bei Lauchringen.
 Lauterberg bei Schramberg. Hermann Moser, Oberdorf 86 in Schramberg (Württemberg).

Leipzig. Sellerhausen. Paul Kranz, Schützenhausstr. 18.
 Magdeburg. W. Albert Klaus, Friesenstr. 14.
 München. Max Girschnagl, Georgenstr. 123 III.
 Nürnberg. Carl Köhler, Jüngerstr. 7.
 Stendal. Ed. Becker, Poststr. 10.
 St. Gallen (Schweiz). Feinr. Sahger, Jakobstr. 4 III.
 Zürich III (Schweiz). Joh. Maifel, Elisabethstr. 11.

Briefkasten.

Ronneburg. Warum trägt denn die Einsendung keine Unterschrift? Wir haben doch schon so oft bekannt gegeben, daß alle Zuschriften an die „Holzarbeiter-Zeitung“ vom Einsender unterzeichnet sein und den Stempel der Poststelle tragen müssen!

Literarisches.

Die Urteile der Disziplinargesichte gegen Dr. Karl Peters, Reichskommissar a. D. München, bei G. Birk & Co., G. m. b. H. 81 Seiten. Preis 40 Pf.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Nienburg. Die Mitgliederversammlung finden jeden zweiten Sonntag im Monat, abends 7 1/2 Uhr, bei Gehrtz Gendel, Günterstraße, statt.
 Ravensburg. Samstag den 9. November, abends 8 Uhr, in der Laube
 Quartals-Versammlung.

Anzeigen.

Berlin. Die Arbeitsvermittlung erfolgt für Drechsler, Maschinenarbeiter, Möbelpolierer, Modellstecher und Stellmacher von 8-10 Uhr vormittags, für Tischler aller Branchen von 10-12 Uhr, für Einseher von 1 1/2-2 1/2 Uhr im paritätischen Arbeitsnachweise, Gormann-Strasse 12. Im Arbeitsnachweise, Engel-Ufer 15, Seitenflügel, eins Trepp, Saal 7, werden vormittags von 9-12 Uhr folgende Branchen vermittelt: Bodenleger, Möbelschmied, Schlosserarbeiten, Klavierarbeiter, Eisenmacher, Korbmacher, Kammmacher, Bilderrahmenmacher, Perlmutterarbeiter, Stöckarbeiter und Vergolder. Alle übrigen Arbeitsnachweise sind für Verbandsmitglieder gesperrt. Das Antragen um Arbeit in den Werkstätten ist streng verboten.

Bielefeld. Der Arbeitsnachweise für Drechsler befindet sich im Verbandsbureau, Bentrichstraße, Kaiser-Wilhelm-Platz. Umhauen ist streng verboten. Bremen. Den reisenden Kollegen zur Mitteilung, daß ab 1. Oktober 1907 die Herberge und das Verkehrslokal sich bei August Schuler, Reich 56, befinden. Dasselbe auch die Geschäftsstelle der Bahnhofs.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweise der hiesigen Bahnhofs befindet sich bei Kollege Gilling, Stebstrasse 87. Geöffnet morgens von 9-12 Uhr und nachmittags von 3-7 Uhr. Umhauen verboten.

Hannover. Der paritätische Arbeitsnachweise für Tischler und Maschinenarbeiter befindet sich bei Herrn Franz Wilmann, Gasthaus zum Wäldchenhof, Wäldchenstraße 28, wohnt alle Anfragen unbedingt zu richten sind.

Hildesheim. Der Arbeitsnachweise für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Giner, Schwabacherstraße 7 I. Umhauen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird im Gewerkschaftshaus, Wallstraße 41, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7-9 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

Ein Maschinenschleifer, tüchtiger Fräser, gesucht für dauernde Beschäftigung.
Fritz J. Schwartz, Teterow i. Meckl.

Zwei tüchtige Drechslergesellen finden dauernde Arbeit auf Alford bei 28 bis 26 Mart.
Herm. Tapper, Dampfdruckerei Gollnow i. Pommern.

Werkführer für Stofffabrikation.

Ein im Durchheizen und Wlegen von Cornellschiffen erfahrener Mann, mit Praxis speziell in diesen zwei Fächern, wird zur Leitung einer Holzstofffabrik in einer österreichischen Provinzstadt gesucht. Gehalt 2400 Mk. jährlich. Nur auf selbständige erste Kraft wird reflektiert. Anträge an die Expedition d. Bl. unter „Durchheizen“ erbeten.

Tüchtigen Schneider für groben und feinen Zahn auf Schweizer Maschinen sucht bei gutem Lohn per sofort.
Gustav Rüger, Kammmfabrik Ober-Ramstadt.

Ein alter tüchtiger Stellmachergeselle erhält Winterarbeit bei
P. H. Peters, Stellmacher Nieder-Landsfel, Insel Usen.

Gesucht 5 Korbmachergehilfen auf Mattarbeit.
C. Fiecke, Oldenburg i. Großh.

2 tüchtige Korbmacher auf Ballonkörbe erhalten sofort dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn und guten Kulturbeiden.
Paul Winkler, Herischdorf, Niesengeb.

Ein Korbmacher findet dauernde Beschäftigung auf Mattarbeit bei
Jakob Kessler, Göhr b. Coblenz.

Korbmachergesellen

5 Arbeiter auf Geschlagene (Reiseförbe) können dauernde Arbeit erhalten. Bezahlung nach hiesigem Fachvereinstarif.
O. Kintof, Kopenhagen Colbjørnsensgade 12.

Korbmacher.
 Tüchtige Gestellarbeiter werden eingestellt.
Adolf Schmidt, Nollmüllersfabrik Brandenburg a. S.

Suche per sofort zwei tüchtige Korbmachergehilfen für Gestell und Geschlagen auf Stundenlohn und dauernde Beschäftigung.
Karl Sasse, Korbmacherefabrik Elberfeld, Königstraße 12.

Tüchtige Korbmacher auf Rohrförbe für dauernde Arbeit gesucht.
Schubensche Holzwaren-Industrie Ferd. Althoff, Nürnberg.

Unbedingt tüchtiger, gewandter Korbmachergeselle, Arbeiten für Ladenarbeit usw., für dauernd gesucht. Lohn täglich 5,50 Mk. Dann eine jüngere billigere Kraft für Geschlagene gesucht.
Ludolf David, Düsseldorf.

Suche sofort einen Mann auf Mattarbeit.
Fritz Barthel, Korbmacherefabrik, Oker a. Harz.

Suche für mein Geschäft in Mühlheim a. Ruhr einen soliden Korbmacher für Reparaturen und geschlagene Arbeit.
Kernst Clasen, Korbmacherefabrik Oberhausen, Rheinland.

Gesucht auf sofort ein jüngerer Korbmachergeselle auf Reiseförbe, Zoll 12 Pf., Waschkörbe, Zoll 8 Pf. Dauernde Arbeit.
G. Woltzel, Minden i. Westfalen.

Gebüte Fiber- und Plasterarbeiten suchen dauernde und lohnende Beschäftigung. Gemähren event. Reisevergütung.
Cahn & Rheinauer, Mannheim.

Gesucht sofort ein Bürstenmacher auf Pechen und Mischen. Dauernde Arbeit.
Rob. Romke, Lübeck, Gartenstraße 88.

Tüchtige, solide Bürstenmacher

finden dauernde, gut lohnende Beschäftigung.
Schade & Co., Pinsel- und Bürstenwarenfabrik, Quakenbrück, Prov. Hann.

Ein tüchtiger Bürstenmachergeselle findet dauernde Beschäftigung bei
Ferd. Simon, Bürstenmacherefabrik Rogasen, Polen.

Gesucht sofort ein tüchtiger Hölzer-schneider bei gutem Lohn.
Wilhelm Voss, Gendorf b. Kiel.

Suche per sofort tüchtigen Wandfügenschneider und Bohrer. Hoher Lohn, dauernde Beschäftigung.
Fr. Kunz & G. Schilling, Bürstenholzfabrik, Hamburg, Dorfsteimannsweg 176.

Tüchtiger Bohrer auf Bürstenhölzer gesucht von
J. G. Roth, Pinselfabrik, Ravensburg Württemberg.

Einige tüchtige Saloschen- und Holzschuhmacher

sofort gesucht.
Arthur Fischer, Holzschuhwarenfabrik Eisenberg, Sachsen-Altenburg.

Gesucht für sofort tüchtige und erfahrene
Korbschneider bei gutem Lohn für Beschneiden und Handschneiden, hauptsächlich für lange Weinstöcke.
W. Schotte & Co. Antwerpen (Belgien), Korte Grauwisstr. 15.

Bau- u. Möbelstuhl, b. 403, gr. Grundst., Gart. u. Zubeh., Sarg-, Möbelmag. u. Zw. m. Todesf. preisw. u. verl. **W. Claus, Landsberg b. Halle.**

Meinen Patenthobel o. Klappe, z. Abputzen v. jed. Majerfurnier, z. Kröpfen u. z. jed. Abputzarbeit, liefere noch immer in bekannter Güte.
Rich. Gobel, Dahme (Mart).

Hobelbänke

fabriziert als Spezialität und gibt billig ab. Preisliste gratis und franco.
Hermann Gorit, Riegnitz (Schlesien).

Laubsägerei

Laubsägeholz hat 1 Mark an.

Almanach für das Jahr 1908
 Taschenkalender für die Verwaltungen und Mitglieder des Verbandes

Der neue Almanach erscheint in wenigen Wochen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: August Bohne o Aus vergangenen Zeiten o Der Zentralverband der Vergolder o Moderne Möbel o Arbeitslöhne im Holzgewerbe. Aber auch der übrige Inhalt wird gewiss wieder alle Verbandsmitglieder befriedigen. Der Preis ist wie seither 50 Pfennig für Verbandsmitglieder. Bestellungen sind an die Zahlstellen-Verwaltungen zu richten.
 Der Verbandsvorstand.

Tischler-Fachschule.
 Lehramt, Werkführung, Meister
Neustadt i. Meckl.
 Staatlich subv. Progr. Kostenlos

DETMOLD - GRÖSSTE TISCHLER-FACHSCHULE
 Programm frei. Direktor Reineking. Selbstunterrichtswerke für Tischler versendet Direktor Reineking, Detmold.

Schule des Kunst- u. Möbelschlers, Schule des Bauhüblers, Schule des Zimmermanns, Techn. Selbstunterrichtswerke System Karsch-Hachfeld, Altkursus Erlaubnis-Abschlüsse, Programm A. Anrechnungsschreiben gratis-franko.
Bonnes & Hachfeld, Potsdam n. 1.

Kollegen, kauft nur Bleistifte u. Maßstäbe, Solidarität von **Jean Klos, Stein-Nürnberg.**

Paul Horn Politur- und Lack-Fabrik * Hamburg 23 *

Warnung! Patent-Verletzung!

Nach dem im Deutschen Reich durch das kaiserliche Patentamt ausschließlich mit einem patentierten Polierverfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spirituellem Polierpulver (Lackstoffpulver) gefüllt.

eine sofortige Porenfüllung

man erspart Material, Zeit, Arbeit oblen unverleimten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der feinsten Maserung, volle Schönheit des Holzes

vermeidet

Beim Polieren wird kein Schellack-Ertrag, kein Kunstharz, sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet.

Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Polieren der Poren spirituelles Polierpulver (Lackstoffpulver) angewendet, ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder verkauft wird.

Probieren Sie heute zum Versuch

- 1. Patent-Politur zum Polieren
- 1. allerfeinsten Polierpulver, blond
- 1. allerfeinsten Polierpulver, schwarz
- 1. Schleif- und Polieröl, gelblich (Holz)
- 1. Dose Polierpulver, feinstes Markt-Holz
- 1. Porenfüllpulver, gemischte Qualität "Marmor-Mono"
- 1. Simitin-Polierpulver, hellbraun
- 1. Tube Inkrustationsmittel (Holz), blond, z. Ausfüllen schadhafter Holzstellen
- 1. Stück Holzschleifstein, 120 x 75 x 30 mm zum Ausarbeiten 8 Mk. Lage gegen Nachn.

Mein Lehrbuch

über das Polieren, Schleifen des Holzes enthält im mächtigen Werkstoffpappe sachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, eine künstlerisch ausgeführte 60farbige Beispieltafel und Preisverzeichnis über 100 Artikel.

Empfohlen und glänzend beurteilt von: Prof. Dr. Hellmann-Berlin, Prof. Dr. Ottokar Lenczner, Prof. Dr. E. H. W. Walde-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hamel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Ambros-Wien (A. S. Gewerbe-Museum), i. f. Staatsgewerbeschule-Dras, Direktor Jos. Gossmann-München.

Preis M. 1.50. Bei Auftragserteilung wird der Betrag juristisch rechtlich.

Verlag von Karl Klos in Stuttgart.
 Druck von Paul Singer in Stuttgart.